

Boettcher, Daniel

**AKTUELLE FEINDBILDER DER EXTREMEN RECHTEN IN
DEUTSCHLAND UND IHRE ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN
URSPRÜNGE**

MASTERARBEIT

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2013

Boettcher, Daniel

**AKTUELLE FEINDBILDER DER EXTREMEN RECHTEN IN
DEUTSCHLAND UND IHRE ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN
URSPRÜNGE**

Eingereicht als

MASTERARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2013

Erstprüfer: Prof. Dr. phil. Matthias Pfüller

Zweitprüfer: Prof. Dr. phil. Christoph Meyer

Bibliografische Beschreibung:

Boettcher, Daniel:

Aktuelle Feindbilder der extremen Rechten in Deutschland und ihre zivilgesellschaftlichen Ursprünge. 76 Seiten.

Roßwein, Hochschule Mittweida/Roßwein (FH), Fakultät Soziale Arbeit,
Roßwein, 2013

Referat:

Die Masterarbeit befasst sich mit der Entstehung und den Hintergründen der im Jahre 2013, wichtigsten Feindbilder deutscher Rechtsextremisten und versucht zu ergründen, ob, und wenn ja, inwieweit der zivilgesellschaftliche Umgang mit diesen Gruppen dazu beiträgt die Bilder zu bestärken.

Der Schwerpunkt liegt hierfür in einer intensiven Literaturrecherche, durch die die größten Feindbilder der extremen Rechten dokumentiert sowie eventuelle Verbindungen zu gesamtgesellschaftlichen Einstellungen ermittelt werden sollen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
1.1 Thematische Einführung – Deutsche Zustände	5
1.2 Aufbau der Arbeit und methodisches Vorgehen	6
2. Rechtsextremismus in Deutschland	8
2.1 Geschichtlicher Abriss	10
2.2 Lichtenhagen, Solingen, Mügeln – die Entwicklung seit 1990.....	16
2.3 Aktuelle Situation – Die neue Rechte	19
2.3.1 Neonazismus, Rechtsradikalismus etc.	21
2.3.2 Autonomer Nationalismus.....	22
2.4 Vom Rand in die Mitte?.....	25
3. Feindbilder der extremen Rechten und ihre Ursprünge	30
3.1 Begriffsklärung.....	30
3.2 Die Konstruktion von Feindbildern	34
3.3 Von Juden, Ausländern und Zecken – aktuelle Feindbilder der extremen Rechten	37
3.3.1 Fremdenfeindlichkeit	39
3.3.2 Antisemitismus	41
3.3.3 Anti-Antifa	45
3.3.4 Weitere Feindbilder (Muslime, Homosexuelle, Staat etc.)	46
3.4 Fazit.....	48
4. Zwischen Ignoranz und Widerstand – staatliche und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.....	49
4.1 Begriffsklärung.....	50
4.2 Die wehrhafte Demokratie	52

4.3 Die vierte Gewalt – Medialer Einfluss im Diskurs.....	59
4.4 Zur Rolle des mündigen Staatsbürgers	62
5. Quo vadis Deutschland? Aktuelle Desintegrationsprozesse und ihre Gefahren.	64
5.1 Die Finanz- und Wirtschaftskrise	65
5.2 Hartz-IV	66
6. Zusammenfassung und Handlungsperspektiven	68
Literatur- und Quellenverzeichnis	70
Abkürzungs- und Abbildungsverzeichnis	76

1. Einleitung

1.1 Thematische Einführung – Deutsche Zustände

Nachdem im Herbst des Jahres 2011 die sog. Zwickauer Terrorzelle in der Öffentlichkeit bekannt und damit das Ausmaß ihrer Verbrechen deutlich wurde, entbrannte in der Bundesrepublik einmal mehr eine Debatte über den Rechtsextremismus und die „deutschen Zustände“, die Wilhelm Heitmeyer seit etwas mehr als zehn Jahren erforscht (vgl. Heitmeyer 2002).

Periodisch, nämlich immer dann, wenn „etwas passiert ist“, wird die immer gleiche Frage in Medien, Politik und Gesellschaft gestellt: „Wie konnte es dazu kommen?“ Diesmal konkret: Wie konnte es dazu kommen, dass drei Menschen über zehn Jahre hinweg mordend und raubend durch das Land zogen, ohne von den Sicherheitsbehörden gefasst zu werden?

Wie kann es generell sein, dass im Land der Judenverfolgung und Ermordung, im ehemaligen „Reich“ der Nationalsozialisten, noch immer rechtsextreme Einstellungsmuster zu finden sind? Einstellungsmuster, die Andersartigkeit derart ablehnen, dass es zu gewalttätigen Ausbrüchen kommt.

Kurt Tucholsky wird folgendes zugeschrieben:

„Niemals haben Menschen in der Geschichte gelernt und sie werden es auch in Zukunft nicht tun“ (1935?).

Er spricht von „Menschen“. Man darf annehmen, dass er damit nicht einige Wenige meint. Sondern die Mehrheit. Genau das soll der Ansatzpunkt dieser Arbeit sein. Denn Tucholskys These wird gestützt. In den sogenannten Mitte-Studien, welche die Friedrich Ebert Stiftung seit einigen Jahren durchführt, wurde deutlich, dass rechtsextreme Einstellungsmerkmale keine Randerscheinung sind. Fast jeder zehnte Deutsche sieht am Nationalsozialismus auch „die guten“ Seiten. Sieben Prozent halten die Darstellung der Verbrechen dieser Zeit für „weit übertrieben“ und wiederum jeder Zehnte hielt Adolf Hitler für einen großen Staatsmann, hätte es den Holocaust nicht gege-

ben (vgl. Decker 2010, S. 142).

Ebenso erschreckend sind die Erkenntnisse bezüglich Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus. 35,6 % der Befragten dieser Studie sehen Deutschland in einem „gefährlichen Maße“ überfremdet und 34,3 % vermuten als Hauptgrund für die Einwanderung von Ausländern deren Absicht, den deutschen Sozialstaat auszunutzen.

Von den Befragten sehen 17,2 % den „Einfluss der Juden auch heute noch“ als „zu groß“ an. Darüber hinaus hätten diese „etwas Besonderes und Eigentümliches an sich“ und würden „nicht so recht“ zu uns passen (vgl. Decker 2010, S. 77 f.).

Wenn in breiten Bevölkerungsschichten derartige Ansichten anzutreffen sind, kann es kaum verwundern, dass „Kommunen vor dem braunen Mob kapitulieren“, seinen Ansichten „in Teilen gar zustimmen“ oder aber „systematisch stattfindende Ausgrenzung und eine Stabilisierung rechtsextremer Strukturen ignorieren“ (Bundschuh 2012, S. 28). Daraus ist zu schließen, dass die extreme Rechte nach wie vor existent, einflussreich und gefährlich ist. Das Spektrum rechten Denkens ist offenbar breit, wenn sogar namhafte Politiker der SPD tendenziös schreiben:

„Eine weitere Masseneinwanderung von bildungs- und kulturfernen Gruppen aus Afrika, fern- und mittelost wird kein Problem lösen, aber viele neue schaffen.“
(Sarrazin 2010, S. 393),

und darüber hinaus der Ansicht sind:

„[Die] Werthaltung der bürgerlichen Mitte wird seit Jahren bekämpft.“ (Sarrazin 2010, S. 391).

Insofern liegt die Vermutung nahe, dass Rechtsextreme ihre Ansichten, Feindbilder und Aktionen auch durch die Meinungen rechtfertigen, welche von Politik und Medien öffentlich und in der Zivilbevölkerung im privaten Raum vertreten werden. Es gilt daher zu ergründen, inwiefern gesamtgesellschaftliche Einstellungsmuster dazu beitragen, rechtsextreme Ideologien zu erhalten und deren Feindbilder zu stützen.

1.2 Aufbau der Arbeit und methodisches Vorgehen

Einführend wird auf die extreme Rechte in Deutschland, ihre Ausprägungen und ihre Entwicklung eingegangen. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Situation seit der Wiedervereinigung 1990 gelegt. Da der Begriff des Rechtsextremismus in vielerlei Zusammenhängen und teils unterschiedlich gebraucht wird, ist es außerdem nötig zumindest den Versuch einer Definition zu unternehmen.

In den zwei anschließenden Kapiteln werden die primären Feindbilder der extremen Rechten skizziert und auf ihre Ursprünge hin untersucht. Hierzu wird v.a. der Versuch unternommen zivilgesellschaftliche Gegebenheiten und Prozesse in Bezug zu den genannten Feindbildern zu setzen, um zu ergründen, ob es einen Zusammenhang gibt. Abschließend werden aktuelle Entwicklungen in der Bundesrepublik dargestellt und hinsichtlich ihrer Desintegrationsgefahren untersucht.

Den Schlussteil bilden die Zusammenfassung der Arbeit, das Aufzeigen von Handlungsperspektiven sowie ein persönliches Fazit.

Grundlage dieser Arbeit ist eine umfangreiche Literaturrecherche und die Zusammenführung verschiedener Quellen.

Bislang wurde vor allem in der öffentlichen Diskussion der Rechtsextremismus isoliert betrachtet und als Randerscheinung unserer Gesellschaft diskutiert. Und auch in der Wissenschaft finden sich noch zu wenige Beiträge, welche ein umfassenderes Bild der Situation zeichnen.

Die vorliegende Arbeit versucht, diese Lücke etwas zu schließen und neue Perspektiven zu liefern, kann aber aufgrund der permanenten gesellschaftlichen Veränderungsprozesse in Bezug auf die Thematik keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

2. Rechtsextremismus in Deutschland

Bevor ein möglicher Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungsdimensionen und zivilgesellschaftlichen Zuständen hergestellt wird, ist eine nähere Charakterisierung beider Felder und auch eine Definition vonnöten.

„Unter ‘Rechtsextremismus’ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter ‘Rechtsextremismus’ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen. Rechtsextremismus ist eine antimodernistische, auf soziale Verwerfungen industriegesellschaftlicher Entwicklung reagierende, sich europaweit in Ansätzen zur sozialen Bewegung formierende Protestform“ (Jaschke 1994, S. 31).

Diese komplexe Definition des Rechtsextremismus formulierte Hans-Gerd Jaschke 1994. Mittlerweile hat sich diese Beschreibung in der Wissenschaft durchgesetzt. Entsprechend soll sie auch in dieser Arbeit die Grundlage bilden, wenn von der extremen Rechten, rechtsextremen Ideologien und Einstellungsmustern etc. die Rede ist. Im Sinne der bundesdeutschen Gesetzeslage sind all diejenigen Einstellungen „extrem“ welche die „freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“ (FDG) nicht anerkennen, sie ablehnen oder gegen sie agitieren. Das Bundesverfassungsgericht formulierte 1952 im Zuge des Verbotsverfahrens der Sozialistischen Reichspartei (SRP):

„Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit

darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem *Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition*“ (BVerfG 1952).

Es bedarf freilich keiner ausführlichen geschichtlichen Abhandlung, um aufzuzeigen, welche Rolle rechte Ideologien in Deutschland spielten und in der Reflexion der eigenen Geschichte noch immer spielen.

Seit den 30er Jahren haben die vom deutschen Volk selbstgewählte und von der überwältigenden Mehrheit unterstützte, Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten, der Holocaust und der Zweite Weltkrieg das Bild des 20. Jahrhunderts und vor allem jenes von Deutschland in der Weltöffentlichkeit bestimmt. Das „Tätervolk“ trägt eine besondere Verantwortung in der Auseinandersetzung mit diesem Thema und steht dadurch auch in anderen Ländern unter besonderer Beobachtung. So ist es nicht verwunderlich, dass etwa die Vergabe der Presseplätze beim Prozess gegen das NSU-Mitglied Beate Zschäpe für Irritationen und scharfe Kritik sorgte.

Türkische Medien hatten keinen Sitzplatz bekommen, was angesichts des Migrationshintergrunds der meisten der Opfer des NSU einen Eklat darstellte (vgl. taz 2013). Der Anteil extrem rechter Einstellungen ist, wie eingangs schon erwähnt, sehr hoch. In der neuesten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu diesem Thema heißt es:

„Bezogen auf ganz Deutschland ist im Vergleich zu 2010 ein Anstieg rechtsextremen Denkens (geschlossenes rechtsextremes Weltbild) von 8,2 auf 9,0 % zu verzeichnen. Einem moderaten Rückgang in Westdeutschland (von 7,6 auf 7,3 %), steht ein massiver Anstieg in Ostdeutschland (von 10,5 auf 15,8 %) gegenüber. Dieser Trend zeigt sich auch im Zeitverlauf seit 2006: Während die Gruppe derjenigen mit geschlossenem rechtsextremem Weltbild in Westdeutschland kontinuierlich von 9,1 auf 7,6 % gesunken ist, hat sie sich im Osten von 6,6 auf 15,8 % mehr als verdoppelt“ (Decker 2012).

Dies sind alarmierende Fakten und sie lassen ernsthaft daran zweifeln, ob die vielen Ansätze von Politik und Gesellschaft und deren Konzepte für Demokratie, politische Bildung und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Wirkung zeigen.

2.1 Geschichtlicher Abriss

Nachdem im April 1945 die bedingungslose Kapitulation des deutschen Reiches den zweiten Weltkrieg beendete, lag Europa in Trümmern und den Alliierten fiel die Aufgabe zu, ein neues Deutschland fern nationalsozialistischer Ideologie zu formen und in die Staatengemeinschaft einzufügen.

Vor allem letzteres erscheint auch noch aus heutiger Sicht als besonders schwierig und so ist es nicht verwunderlich, dass die sog. Entnazifizierung der Zivilbevölkerung kritisch gesehen wird, ebenso die gerichtliche Auseinandersetzung mit den Verbrechern der NS-Zeit. Nach den Nürnberger Prozessen oblag es der neuformierten deutschen Justiz, die Verbrechen des NS-Regimes weiter aufzuklären und die Täter zu verurteilen. Heute ist unbestritten, dass eine Vielzahl der damaligen Verbrecher nicht angeklagt wurde und mindestens ebenso viele trotz Strafprozesses straffrei blieben. Als Beispiel dafür sei der ehemalige Chef des Bundeskanzleramtes, der 1973 verstorbene Hans Globke genannt.

Während der NS-Zeit war er unter anderem als Kommentator an der Erarbeitung der Nürnberger Rassengesetze beteiligt. Nach Kriegsende machte er Karriere als enger Vertrauter Adenauers, ohne sich jemals vor einem deutschen Gericht verantworten zu müssen. In seiner politischen Rolle als Staatssekretär des Bundeskanzleramtes war er vor allem für die Personalpolitik verantwortlich und es liegt nahe, dass er Adenauer viele seiner alten Weggefährten aus NS-Zeiten empfahl. Der ehemalige bayrische Landtagsabgeordnete und Innenminister Alfred Seidl (1911-1993) war zwischen 1937 und 1940 NSDAP-Mitglied und verteidigte während der Nürnberger Prozesse Nazigrößen wie Rudolf Heß oder Hans Frank. Auch für andere Angeklagte in ähnlichen Prozessen war er häufig der Rechtsbeistand. Für die Rehabilitation Heß‘ setzte er sich bis an sein Lebensende ein (vgl. Dörner 2000, S. 139). All dies kann als Zeichen der Sympathie mit den alten Weggefährten verstanden werden. Dass Seidl ähnliche ideologische Muster wie seine Klienten bewahrt hat liegt nahe. Trotzdem machte er Karriere in der Politik und war zum Zeitpunkt seines Todes Träger

des „Großen Verdienstkreuz‘ der Bundesrepublik Deutschland“ und des „Bayrischen Verdienstordens“.

Doch auch das Bild der rigorosen Verfolgung von NS-Verbrechern in der DDR wird mehr und mehr hinterfragt und darf, folgt man etwa den Autoren Christian Dirks (2005) oder Henry Leide (2005), angezweifelt werden. Geht man allerdings davon aus, dass sich der antifaschistische Bildungs- und Erziehungsgrundsatz der DDR, welcher jedem Bürger seit frühester Kindheit vermittelt wurde, tatsächlich im Weltbild der Menschen manifestierte, ist anzunehmen, dass die klassisch nationalsozialistische Ideologie dort schwächer ausgeprägt war als in der Bundesrepublik. Gideon Botsch folgt dieser Einschätzung. Er schreibt, dass

„der gesellschaftliche Wandel in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) weit umfassender und das Ausmaß der Entnazifizierung weit höher war [...]“ (2012, S.18)

und dass im Gegensatz dazu in der BRD

„die Praxis der Entnazifizierung immer weiter aufgeweicht“ (2012, ebd.)

wurde.

In beiden Teilen der Besatzungszonen seien erste Vorboten des kalten Krieges in der Art und Weise der politischen Praxis zu erkennen gewesen (vgl. Botsch 2012, ebd.).

Dem gegenüber steht die Einschätzung Richard Kühnls, welcher in der „Verabsolutierung des Zusammenhangs Kapitalismus – Faschismus“ einen unterkomplexen Erklärungsansatz sieht. Das „Wesen“ des Faschismus wurde ihm zu Folge

„in seinem sozialen Inhalt und seiner terroristischen Form gesehen. Die Massenbewegung hingegen gehörte nach dieser Auffassung nicht zum Wesen und wurde also auch nicht als Definitionselement des Faschismus betrachtet“ (1996, S. 136 f.).

Dadurch ergab sich die Auffassung, dass die Volksmassen als Opfer und nicht als (Mit-)Täter zu betrachten seien. Es bestand keine Notwendigkeit, das eigene Denken und Fühlen grundsätzlich zu hinterfragen.

„Man konnte sich als braver Bürger des neuen Staates fühlen und dennoch wesentliche Elemente traditioneller Weltbilder beibehalten, z.B. Vorurteile gegenüber anderen Völkern und ‚Rassen‘“ (Kühnl 1996, S. 137).

Der östliche der beiden ehemaligen deutschen Staaten sei hier nur deshalb am Rande erwähnt, da er nach dem Fall der Berliner Mauer und aufgrund der Wiedervereinigung Deutschlands vor über 20 Jahren in Bezug auf das Thema dieser Arbeit kaum einen gesonderten Stellenwert besitzt. Realpolitisch oder medial wirkt die DDR nicht mehr prägend in das vereinigte Deutschland hinein. Ebenso sieht es bei grundsätzlichen gesellschaftlichen Überzeugungen wie etwa dem Klassenkampf oder dem kapitalistischen Feindbild aus.

Darüber hinaus fehlen umfangreiche, belastbare Studien über rechtsextreme Einstellungen in der Zivilbevölkerung zu DDR-Zeiten, wenngleich die ehemalige Gauck-Behörde von entsprechenden Einstellungen spricht (vgl. Stöss.2005, S. 110). Die sichtbarsten Muster rechtsextremer Ideologie fanden sich seit den 80er Jahren im Umfeld von Fußballfans. Zum Ende dieses Jahrzehnts häuften sich rechtsextrem motivierte Gewalttaten (vgl. Stöss 2005, S. 110 ff.). Diesen Sachverhalt beschreibt auch Gideon Botsch:

„Obgleich es eine formierte extreme Rechte im Sinne einer nationalen Opposition in der DDR nicht gegeben hat, existierte eine Jugendsubkultur mit Affinität zu rechtsextremen Positionen“ (2012, S. 101).

Insgesamt ist die belegbare Faktenlage jedoch nach wie vor äußerst dünn. Aufgrund dieser Tatsache liegt das Hauptaugenmerk in Bezug auf die Geschichte rechtsextremer Einstellungen in Deutschland nach 1945 auf der Bundesrepublik.

Der Journalist und Autor Ralph Giordano schreibt 1992 in seiner Schrift „Ich bin ange nagelt an dieses Land - Reden und Aufsätze über die deutsche Vergangenheit und Gegenwart“, welche in Teilen im „Handbuch Deutscher Rechtsextremismus“ abgedruckt wurde, dazu:

„Wir leben in einem Land, wo dem größten geschichtsbekannten Verbrechen mit Millionen und Abermillionen Opfern, die hinter den Fronten umgebracht worden sind wie Insekten, das größte Wiedereingliederungswerk für Täter folgte, das es je gegeben hat. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind sie letztlich nicht nur

straffrei davongekommen, sondern sie konnten ihre Karriere auch unbeschadet *fortsetzen*“ (Giordano 1992; zit. n. Mecklenburg 1996, S. 14).

Und weiter:

„[...] das sogenannte 131er-Gesetz [ist; Anmerk. d. Verf.] ein Akt der organisierten Entstrafung. Mit ihm wurde fast der gesamte NS-Beamten- und Staatsapparat, eingeschlossen Angehörige des Vernichtungsapparates, in die Verwaltung der Bundesrepublik Deutschland übernommen, getragen von dem ausgeprägten Unwillen einer Mehrheit des bundesdeutschen Wahlvolkes, sich mit ihrer NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen. Dabei haben sich **alle** [Herv. im Original] Parteien opportunistisch verhalten, besonders aber die *konservativen*“ (Giordano 1994; zit. n. Mecklenburg 1996, ebd.).

Darüber hinaus beschäftigte sich der Autor mit den Bewältigungsmustern in der deutschen Bevölkerung und sieht in erster Linie Verdrängung und/oder Relativierung als hauptsächliche Methoden der Auseinandersetzung (vgl. Giordano 1992; zit. n. Mecklenburg 1996, S. 19 ff.).

Giordanos Bewertung der damaligen Situation legt nahe, was schon an früherer Stelle vermutet wurde: Eine tatsächliche und nachhaltige Verbannung nationalsozialistischen Gedankenguts aus Verwaltung, Politik und Gesellschaft fand in den ersten Jahren der Bundesrepublik nicht statt.

In der Parteienlandschaft manifestierte sich dies in der Gründung der Sozialistischen Reichspartei Deutschlands (SRP). Diese setzte sich gezielt aus ehemaligen NS-Aktivist*innen, vornehmlich Funktionäre, zusammen, die noch immer an ihren alten „Ideen“ festhielten (vgl. Botsch 2012, S. 24).

1952 wurde die Partei durch Beschluss des neukonstituierten Bundesverfassungsgerichts verboten.

Soviel zu den frühen gesellschaftlichen Selbstreinigungsprozessen in der jungen Bundesrepublik und der DDR.

Der folgende Abschnitt lehnt sich an Richard Stöss' Überlegungen zur Entwicklung und Ausrichtung des deutschen Rechtsextremismus sowie dessen Bewertung an (2005, S. 11 f.).

Die „nationale Frage“ bildete den Grundstein rechtsextremistischer Ideologie und Propaganda in der ehemaligen westdeutschen Bundesrepublik - und dies bis in die 70er Jahre hinein. Im Zentrum ihrer Ausrichtung stand das rückwärtsgewandte Bestreben, das deutsche Reich wieder aufzubauen. Die neue Bundesrepublik wurde als völkerrechtswidrig abgelehnt. Darüber hinaus sahen die in großen Teilen aus ehemaligen Mitgliedern der NSDAP bestehenden rechten Gruppen die neue Westbindung, die innere Verfassung und die bestimmenden politischen Kräfte als unzumutbar an.

Erfolgreich im politischen Sinne waren die Argumente dieser Gruppen jedoch kaum. Stöss betont zu Recht, dass das nun herrschende antikommunistische Klima eine große Zustimmung in der Bevölkerung hinsichtlich der Westintegration beförderte; denn die Bundesrepublik sowie die breite Masse ihrer Bevölkerung suchten Anschluss in der neuen Weltenordnung und waren somit kaum empfänglich für neonazistische Agitation. Trotzdem gelang es rechtsextremen Parteien in den 50er und 60er Jahren gelegentlich Wahlerfolge zu erringen. Diese hatten jedoch vornehmlich „eine Mischung von politischer und wirtschaftlicher Unzufriedenheit“ (Stöss, 2005. S. 11) zur Grundlage und beschränkten sich auf „mittelständische Randgruppen“ (Stöss, 2005 ebd.). Im Zuge des Wirtschaftswunders bestand kein Bedarf an einem Politikwechsel. Die Menschen erholten sich langsam vom Krieg. Bescheidener Wohlstand machte sich breit, und ernsthafte Alternativen im Bereich von Sozial- und oder Wirtschaftspolitik konnten die Rechtsextremen nicht bieten.

Nachdem die Ölkrise in den frühen 70er Jahren einen starken ökonomischen und strukturellen Wandel einleitete, änderte sich das Klima. Die Vollbeschäftigung aus den späten 50er und frühen 60er Jahren war Geschichte und diverse gesellschaftliche Gruppen hinterfragten das gegenwärtige politische System. Dies geschah in fast allen modernen europäischen Industriegesellschaften. Schon 1968 konnte so die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) einen großen Erfolg feiern, als sie mit 9,8 % der Stimmen in den Landtag Baden-Württembergs einzog.

Stöss benennt als prägende Indikatoren für die Entwicklung des gesellschaftlichen Klimas: einen sozialen Wandel und technologische Modernisierung, eine Krise des Sozialstaats, den Siegeszug der neoliberalen Ideologie, wirtschaftliche und politische Globalisierung, die Zunahme von Migrationsbewegungen, den Bedeutungsverlust der Nationalstaaten, den Standortwettbewerb nationaler Volkswirtschaften und nicht zuletzt den

Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und das Ende des Ost-West-Gegensatzes (vgl. 2005, S.12).

Die Globalisierung und ihre Herausforderungen an die einzelnen Nationalstaaten förderten nationalistische und ethno-zentristische Stimmungen und deren Ausbreitung. Diese Situation verhalf rechtsextremen Parteien, nachdem sie sich den Gegebenheiten in ihrer Programmatik angepasst hatten, zu einem wachsenden Zuspruch.

Ein ideologischer Wandlungsprozess war schon in den siebziger Jahren festzustellen. Verließ dieser anfänglich noch schleppend, wurde er nach der deutschen Einheit forciert und setzt sich weiter fort.

Die NPD und andere rechtsextreme Parteien haben ihre frühere Schwerfälligkeit abgelegt und versuchen, sich dem Zeitgeist anzupassen und sich als Alternativen zu den vermeintlich überholten Parteien zu etablieren. Bemerkenswert ist auch der Wandel hinsichtlich der Klientel. Es ist festzustellen:

„Der deutsche Rechtsextremismus hat sich sozialstrukturell von einem Mittelschicht- zu einem Unterschichtphänomen entwickelt und stößt mittlerweile auch bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern auf erhebliche Resonanz“ (Stöss 2005, ebd.).

Von aggressiv national-sozialistischen Konzepten entwickelte sich das Selbstverständnis des deutschen Rechtsextremismus zu einem „anti-kapitalistisch-protektionistischen“. Nichtsdestotrotz liegt das Hauptziel rechtsextremer Parteien wie der NPD auch heute noch in der Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung des „Nationalen Sozialismus“ in der Bundesrepublik. Vertreten wird dies zu jeder Zeit mit einer aggressiven Polemik gegen die Ordnung der Bundesrepublik, ihre Bündnispartner und das gesellschaftliche System.

Offen systemwidrige Praktiken haben sich in der normativen Dimension durchgesetzt:

„Damit tragen die rechtsextremistischen Akteure der Tatsache Rechnung, dass ihre potenzielle Wählerschaft nicht nur mit den ökonomisch-sozialen und den politisch-kulturellen Verhältnissen, sondern auch mit der Idee der Demokratie höchst unzufrieden ist und dass sich ihr vor allem jüngerer „Fußvolk“ in schwach organisierten Kameradschaften oder in subkulturellen Gemeinschaften zusammenfindet

und über ein enormes Aggressionspotenzial gegenüber dem politischen *Establishment verfügt*“ (Stöss 2005, ebd.).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in den frühen Jahren der Bundesrepublik die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus kaum gelang und Denkmuster teilweise unverändert in den neuen Staat und seine Institutionen übergingen. Auch in der DDR setzten sich zum Ende ihres Bestehens entsprechende Ansichten in bestimmten Bevölkerungsgruppen immer mehr durch. Generell haben sich rechtsextreme Parteien und Gruppierungen in den letzten Jahrzehnten hartnäckig gehalten und ihre ideologische und programmatische Ausrichtung dem gesellschaftlichen Wandel angepasst.

2.2 Lichtenhagen, Solingen, Mügeln – die Entwicklung seit 1990

Die Geschichte sowie neuere und grundsätzliche Entwicklungen in Programmatik und Ideologie der extremen Rechten wurden im vorigen Kapitel bereits dargelegt.

Nun soll der Blick explizit auf die Situation nach 1990 gerichtet werden.

Nach der Wiedervereinigung sah sich Deutschland großen strukturellen Problemen und die Menschen der ehemaligen DDR persönlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen ausgesetzt. Die extreme Rechte konnte nun gesamtdeutsch agieren und traf in den neuen Bundesländern auf fruchtbaren Boden.

Der organisierte Rechtsextremismus hatte seinen Schwerpunkt bis zur Mitte der 90er Jahre in den alten Bundesländern. Ein höherer Grad an Organisation im Vergleich zum Osten, bessere Wahlergebnisse und ein größeres Potential rechts-extremistischer Einstellungen war zu dieser Zeit feststellbar. In der ehemaligen DDR waren noch keine verfestigten Organisationsstrukturen gegeben und ein konspirativerer, extrem gewaltbereiter, subkultureller Rechtsextremismus dominierte. Organisierte neonazistische Gruppen bemühten sich um Einfluss in diesen Kreisen, stießen damit aber auf staatliche Repressionen, die zu acht Verboten solcher Gruppen führten (vgl. Stöss 2005, S 113).

Dieser Zustand änderte sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre:

„Seit 1998 verzeichnet der Osten einen überdurchschnittlichen Organisationsgrad, seither erzielen die rechtsextremistischen Parteien in den neuen Bundesländern

bessere Wahlergebnisse als in den alten Ländern, und seitdem sind auch die Ostdeutschen anfälliger für rechtsextremistische Einstellungen als die *Westdeutschen*“ (Stöss 2005, ebd.).

Was die Radikalisierung der Aktionen rechtsextremer Gruppen anbelangt, markierten die frühen 90er Jahre einen Höhepunkt. So versechsfachten sich die Gesetzesverletzungen mit vermuteten und erwiesenen rechtsextremistischem Hintergrund von 1.848 in 1990 auf 10.561 in 1993. Der Anteil der Gewalttaten darunter versiebenfachte sich. Von 309 auf 2232. (vgl. Stöss 2005. S. 153 f.)

Jedoch kam es auch danach immer wieder zu Ausbrüchen rechtsextremistisch motivierter Gewalt.

Die nachfolgenden Ereignisse stellen lediglich die medial am meisten beachteten rechtsextremistischen Straftaten dar:

- 1991 Ausschreitungen in Hoyerswerda.
- 1992 Unruhen und Pogrom am Rostocker Asylbewerberheim in Lichtenhagen, Mordanschlag in Mölln.
- 1993 Brandanschlag auf ein Wohnhaus, in Solingen, in dem türkische Familien lebten.
- 1994 Hetzjagd am Himmelfahrtstag in Magdeburg
- 1999 Hetzjagd auf algerische Asylbewerber in Guben
- 2000 Ermordung Alberto Adrianos in Dessau
- 2007 Hetzjagd auf Inder in Mügeln

Vor allem die Anzahl der verübten Morde seit 1990, welche u.a. von der Amadeu-Antonio-Stiftung mit 183 beziffert wird, schockiert (vgl. Erkol/Winter o.J.). Wenn im Gegensatz dazu die Bundesbehörden „nur“ 63 Opfer zählen, so weist dies auf eine extreme Diskrepanz in der Wahrnehmung der Motivation der jeweiligen Verbrechen hin. Opferverbände kritisieren seit langem, dass sich hinter der fehlenden Anerkennung der Toten als Opfer rechtsextremistischer Gewalt eine ignorante und relativie-

rende Haltung des Staates verbirgt. So eine Haltung fördert womöglich das Legitimationsdenken der Täter.

Die Entwicklung der extremen Rechten nach der Wiedervereinigung ist geprägt von einer ideologischen Neuausrichtung. Vor allem die Ängste vor sozialem und ökonomischem Abstieg als auch generelle Unzufriedenheit mit individuellen Lebensumständen werden angesprochen.

So ist es nicht verwunderlich, dass etwa die NPD verstärkt gegen die Globalisierung agitiert. Stöss zu dieser Entwicklung:

„Die Antiglobalisierungskampagne verbindet mithin nahtlos die nationalistische und die völkische Komponente des Rechtsextremismus mit der sich immer dringlicher stellenden „sozialen Frage“. Es ist auch kein Zufall, dass die Kampagne vor allem in Ostdeutschland auf große Resonanz stößt. Denn dort verstärken sich die Vereinigungs- und die Globalisierungsfolgen gegenseitig“ (2005, S. 46).

Vergegenwärtigt man sich diese Situation, liegt die Vermutung nahe, dass ein rechtsextremes Einstellungspotential immer dann am höchsten ist, wenn gesellschaftliche Umwälzungen und Desintegrationsängste besonders groß sind.

„Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Unzufriedenheit angesichts von Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit in dem Maß gewachsen, wie klar wurde, dass der Systemwechsel in absehbarer Zeit nicht zu den erwarteten „blühenden Landschaften“ führt. Als sich 2004 in Folge der Hartz- Gesetzgebung in der ostdeutschen Bevölkerung auch noch massive Ängste vor einem drohenden Sozialabbau ausbreiteten und in Großdemonstrationen niederschlugen, gelang es der NPD seit über 25 Jahren erstmalig wieder, Landtagsmandate (in Sachsen) zu erringen, und die DVU überwand zum zweiten Mal die Fünf-Prozent-Hürde in Brandenburg“ (Stöss 2005, ebd.).

Eine Neuausrichtung ist auch anhand des von NPD-Politiker Udo Voigt 1997 formulierten „3-Säulen-Modells“ der Partei erkennbar.

Demnach geht es der Partei um einen „Kampf um die Köpfe, die Straße und die Wähler“ (vgl. Botsch 2012, S. 112).

Innerhalb der Szene etablierten sich in den 90er Jahren abseits der Parteien rechts-extreme Musikgruppen. Ian Stuart Donaldson spielte dabei eine prägende Rolle. Der Sänger der Band „Skrewdriver“ war Mitbegründer der rechtsextremen britischen Organisation „Blood & Honor“, welche es sich zum Auftrag machte, über Musik Jugendliche für ihre Sache zu gewinnen. Nach Großbritannien waren auch andere europäische Länder, darunter Deutschland, zum Ziel ihrer musikalischen Propaganda geworden. Konzerte wurden organisiert und die Szene wuchs schnell. In dem deutschen Dokumentarfilm „Blut muss fließen – Undercover unter Nazis“ von Peter Ohlendorf wird eindringlich dargestellt, wie martialisch Texte und Auftreten sowohl der Bands als auch der Konsumenten sind und dass „Rechtsrock“ oft als eine Art „Einstiegsdroge“ in die Szene zu bewerten ist (vgl. Ohlendorf 2012).

Bemerkenswert für die Entwicklung des Rechtsextremismus nach der Wiedervereinigung sind die Wahlerfolge einschlägiger Parteien. 1996 zogen die rechtspopulistischen „Republikaner“ (REP) in den Landtag Baden-Württembergs ein. 1998 die Deutsche Volksunion (DVU), mittlerweile fusioniert mit der NPD zu „NPD – Die Volksunion“, in den Landtag Sachsen-Anhalts. Ein Jahr später glückte ihr ein solcher Erfolg auch in Brandenburg.

Die NPD zog ein Jahr, nachdem ein Verbotsverfahren gegen sie gescheitert war, in das Landesparlament von Sachsen ein und konnte ihren Wahlerfolg 2009 wiederholen. Schon 2006 schaffte es die Partei auch in Mecklenburg-Vorpommern genügend Wählerstimmen zu sammeln. Fünf Jahre später gelang dies erneut. Auch die DVU wurde 2004 wieder in den brandenburgischen Landtag gewählt. Abschließend lässt sich feststellen, dass sich die extreme Rechte in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung gesammelt und neu ausgerichtet hat. Vor allem in den neuen Bundesländern gelangen ihr Erfolge auf politischer wie ideologischer Ebene.

2.3 Aktuelle Situation – die Neue Rechte

Auf den vorigen Seiten wurden die Geschichte des deutschen Rechtsextremismus und seine Verankerung in der Gesellschaft skizziert. Nun soll eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation folgen.

Derzeit ist die NPD in zwei Landesparlamenten vertreten – in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen - und seit der Enttarnung des NSU im Herbst 2011 liegt der öffentliche Fokus wieder verstärkt auf dem rechtsextremen Spektrum. Des Weiteren ist seit einigen Jahren zu beobachten, dass rechte Positionen in die gesellschaftliche Mitte getragen werden, um damit auf politischen Stimmenfang zu gehen. Wahlkampagnen von „Pro NRW“ und „Pro Köln“ sind dafür beispielhaft. Aber auch die CDU warb schon in den in den Landtagswahlkämpfen in Hessen 1999 und Nordrhein-Westfalen 2000 mit dem Slogan „Kinder statt Inder“ (vgl. Staud 2006, S. 63). Neben den politisch motivierten Aktivitäten zur Popularisierung rechten Gedankenguts sind jedoch auch persönliche Interessen der Akteure nicht auszuschließen, wie das Beispiel Thilo Sarrazins zeigt, dessen Buch „Deutschland schafft sich ab“ zum Bestseller wurde ihm erhebliche Gewinne einbrachte.

Bei der beschriebenen Entwicklung spielt die sog. „Neue Rechte“ eine besondere Rolle. Als solche wird heutzutage gemeinhin eine politische Strömung bezeichnet, die sich in starker Kritik an grundlegenden Verfassungsnormen übt und sich zugleich von traditionellen Einstellungsmustern des eigenen Lagers abgrenzen will. Eine Bindung an klassisch rechte bis rechtsextreme Parteien liegt nicht zwangsläufig vor. Des Weiteren fungiert der Begriff auch als Selbstbezeichnung rechtsextremer Intellektueller. Die allerdings auch auf Kritik stößt (vgl. Gessenharter 1996, S. 555). Staud (2006, S. 76 ff.) wie auch Stöss (2005, S. 43) bezeichnen die neue Rechte als intellektuelle Vordenker. Heutige Positionen von NPD und anderen Parteien des rechtsextremen Spektrums lehnen sich an deren Ideen an.

„Die Botschaft „Ausländer raus!“ wurde sehr subtil mittels des Anfang der siebziger Jahre geprägten Begriffs „Ethnopluralismus“ (Henning Eichberg) gerechtfertigt. Ethnopluralismus bedeutet die Anerkennung der kulturellen Differenzen, den Pluralismus der Ethnien (Völker), ihre autonome Entfaltung nebeneinander und damit eben auch ihre Trennung voneinander, um die Völker bzw. Rassen vor gegenseitiger Bevormundung zu schützen“ (Stöss 2005, S.43).

Eine Wiederbelebung der Auflehnung gegen etablierte Positionen, wie es die „Neue Rechte“ ab den späten 60er Jahren tat, lässt sich bei den „Autonomen Nationalisten“ ausmachen. Diese unterscheiden sich nicht nur in Kleidungsstil und Habitus von alleingesessenen neonazistischen Gruppen, sie formulieren auch eigene politische Forderungen.

gen und Handlungsvorschläge und grenzen sich damit vor allem von rechtsextremen Parteien ab.

Heutzutage haben sich rechtsextreme Einstellungen zwar in bestimmten Gesellschaftsteilen etabliert, mehrheitsfähig sind sie aber nicht. Dies stellt auch Gideon Botsch fest:

„Die extreme Rechte hat es nicht verstanden, in der bundesdeutschen Demokratie anzukommen – sie hat keinen adäquaten Umgang mit den Formen gefunden, in denen sich politische Auseinandersetzungen in pluralen Gesellschaften und in parlamentarischen Demokratien abspielen“ (2012, S. 139).

Er bemerkt aber auch:

„Die historische Entwicklung der extremen Rechten seit 1945 ist insofern, trotz der marginalen Position des nationalen Lagers in der politischen Kultur der Bundesrepublik, von hohem zeitgeschichtlichem Interesse. Sie ist ein Teil der Geschichte der Demokratie in Deutschland“ (2012, S. 140).

Hafeneger charakterisiert den deutschen Rechtsextremismus als „taktisch und in seinen politischen Strategien durchaus beweglich“ (2011, S. 1214). Dabei richtet er sich auf diejenigen aus, die als „Verlierer“ aktueller politischer und struktureller Umwälzungen gelten (ebd.).

2.3.1 Neonazismus, Rechtsradikalismus etc. – ein Exkurs

Das Problem der einheitlichen Begriffsdefinition habe ich eingangs bereits angesprochen. Es ist jedoch so, dass die Begrifflichkeiten derart verworren und das Verständnis häufig so gering ist, dass sich an dieser Stelle ein kurzer Exkurs lohnt.

Am häufigsten werden die Begriffe „rechtsradikal“ und „rechtsextrem(-istisch)“ durcheinander gebracht. Eine Definition von Letzterem fand an früherer Stelle dieser Arbeit bereits statt.

Die Verwirrung ist teilweise historisch erklärbar. Denn in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wurden verfassungsfeindliche Bestrebungen von rechts als "rechtsradikal" deklariert.

Mit Beginn der 70er Jahre werden rechtsgerichtete Demokratiefeinde offiziell als Rechtsextremisten bezeichnet. Eine eindeutige Abgrenzung der Begrifflichkeiten formulierte das BVerfG:

"Als extremistisch werden die Bestrebungen bezeichnet, die gegen den Kernbestand unserer Verfassung – die freiheitliche demokratische Grundordnung – gerichtet sind. Über den Begriff des Extremismus besteht oft Unklarheit. Zu Unrecht wird er häufig mit Radikalismus gleichgesetzt. So sind z.B. Kapitalismuskritiker, die grundsätzliche Zweifel an der Struktur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußern und sie von Grund auf verändern wollen, noch keine Extremisten. Radikale politische Auffassungen haben in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz. Auch wer seine radikalen Zielvorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird; jedenfalls nicht, solange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung anerkennt." (BVerfG 1952).

Neonazismus bezeichnet im weiteren Sinne die direkte Übernahme der Ideologie des Nationalsozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg ohne direkten Bezug zu dieser Zeit. Der Begriff entstand ursprünglich in Abgrenzung zu den im dritten Reich sozialisierten „Altnazis“.

Das Bundesministerium des Innern beschreibt in seinem Vorabfassung des Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2012:

„Grundlage und feste Bezugsgröße des neonazistischen Spektrums ist der historische Nationalsozialismus mit den prägenden Ideologeelementen des Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Nationalismus und Antipluralismus. Ziel von Neonazis ist ein ethnisch homogener, diktatorischer Staat“ (BMI 2013, S. 60).

Da sich in den letzten Jahren in Teilen des Spektrums eine ideologische Neuorientierung durchgesetzt, wird klar, dass Neonazis zwar immer auch Rechtsextremisten sind – umgekehrt aber gilt, dass nicht jeder Rechtsextremist automatisch als Neonazi bezeichnet werden kann.

2.3.2 Autonomer Nationalismus

Eine besondere Form des rechtsextremen Spektrums in Deutschland stellt das noch recht junge Phänomen der sog. Autonomen Nationalisten (AN) dar. Besonders gewaltbereit und aktionistisch (vgl. Botsch 2012, S. 133) treten diese häufig bei Demonstrationen in vornehmlich schwarzer Kleidung auf.

Dabei lehnen sie sich sowohl in Habitus als auch in Kleidungsstil, Organisation und Aktionsformen stark an die Autonomen und den schwarzen Block der extremen Linken an. Damit folgen sie in gewisser Weise einer rechtsextremen Tradition. Denn schon in den 60er Jahren orientierte sich die „Neue Rechte“ an der linken „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) und erkor diese gleichzeitig zu einem ihrer Feindbilder (vgl. Staud, 2006, S. 77).

Der Begriff als solcher entstand in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, als sich neonazistische Gruppen konspirativ und unorganisiert („Organisation ohne Organisation“) sammelten, um staatlichen Verboten zu entgehen. Zu dieser Zeit setzten sich allerdings eher die Begriffskonstruktionen „Freie Kräfte“ oder „Freie Nationalisten“ durch. Erst 2002 tauchte die Wortschöpfung „Autonome Nationalisten“ wieder auf (vgl. BfV 2009, S. 2). Das Bundesamt für Verfassungsschutz charakterisiert die Autonomen Nationalisten als extrem gewaltbereit und kommt darüber hinaus zu dem Schluss:

„Militanz und Gewalt der „Autonomen Nationalisten“ richten sich gegen die Polizei und den politischen Gegner [vgl. dazu Kapitel 3 Punkt 3.3 dieser Arbeit; Anm. d. Verf.] und nicht – wie in der Skinhead Szene – primär gegen „Fremde““ (BfV, 2009 S. 8).

Diese Einschätzung teilen auch Dierk Borstel und Claudia Luzar. Sie beschreiben das Feindbild dieser ersten Auswüchse der Bewegung wie folgt:

„Der politische Feind bestand für die relativ jungen Kameradschaften, die sich schon zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig AN nannten, „im BRD System“, den Antifaschisten und daran anlehnend den Repräsentanten des von ihnen verworfenen Systems“ (2009, S. 18).

Diese Gruppierung ist aber vor allem auch deshalb so gefährlich, weil sie als Agitationsobjekt und Rekrutierungspool Jugendliche ausgewählt hat und sich selbst vornehmlich aus jüngeren Mitgliedern zusammensetzt (vgl. Borstel 2009, S.21). Ihr „ideologisches Schlachtfeld“ ist die Straße und ihren Reiz für potentielle neue Anhänger machen diverse erlebnisorientierte Aktionsfelder aus. Etwa nächtliches Plakate kleben, das Sprühen von rechtsextremen Symbolen an Hauswände sowie spontane Störungen von Veranstaltungen des Gegners und nicht zuletzt die Teilnahme an Demonstrationen als hauptsächliches Betätigungsfeld (vgl. Borstel/Luzar 2009, ebd.).

Maßgebliche Unterscheidungsmerkmale zu anderen Rechtsextremisten sind laut des BfV:

- Militante Kampfformen („Schwarzer Block“) und Gewalt gegen Polizei und politische Gegner
- Modernes Outfit und/oder Vermummung
- Abgewandelte „linke“ Symbole und
- Transparente mit Anglizismen (vgl. 2009, S. 3).

Die ideologische Ausrichtung der Autonomen Nationalisten ist komplex:

„Politikwissenschaftlich betrachtet ist das Weltbild der Autonomen Nationalisten aus Ideologien des völkischen bzw. nationalen Sozialismus, kulturalistischen und biologistischen Rassismus, sowie sekundärem Antisemitismus zusammengesetzt. Während der primäre Bezug auf den Nationalsozialismus und den 2. Weltkrieg eine untergeordnete Rolle in den aktuellen Veröffentlichungen der Autonomen Nationalisten spielt, werden gesellschaftliche Diskurse über die Soziale Frage, Ökologie und Antimperialismus stärker in den Fokus gerückt“ (Borstel 2009, S. 23).

Dadurch dass die AN ein sehr junges Phänomen im rechtsextremen Spektrum darstellen, mangelt es noch an wissenschaftlichen Beiträgen zur Thematik. In welche Richtung ihre Entwicklung gehen wird ist schwer abzusehen.

Das BfV erkennt noch keine bemerkenswerten Erfolge in der Arbeit der AN, mahnt jedoch an, dass die Versuche ein neues Klientel anzuwerben und neue Mitglieder zu gewinnen trotzdem ernst genommen werden müssen (vgl. BfV 2009, S. 8).

2.4 Vom Rand in die Mitte?

Schon seit längerem wird diskutiert, ob der Begriff des Extremismus in Bezug auf rechte Einstellungen noch zeitgemäß ist. In erster Linie dient er zur Kategorisierung politischer Denkweisen und suggeriert damit immer eine Nähe zum Rand eines bestimmten, meist von der parlamentarischen Mitte definierten Spektrums. Gesellschaftlich gesehen, kann dieser Begriff jedoch nicht überzeugen. Zu simpel werden damit hochkomplexe Phänomene beschrieben und zusammengefasst. Schon früh versuchte man deshalb, die Definitionen zu erweitern. Der US-amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset prägte die Begriffskonstruktion des „Extremismus der Mitte“. Vereinfacht gesagt, können demnach rechtsextreme Meinungen auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus entstehen und sind nicht per se ihren Rändern zuzuordnen. Hans-Peter Lohmann publizierte 1994 einen Sammelband, in welchem er Autorenmeinungen zusammentrug, die sich mit dieser These auseinandersetzten. Auffällig sei in Deutschland, dass die Extremismustheorie zum Teil einen Reflex der Ablehnung auslöse. So schreibt Wolfgang Kraushaar mit einem Verweis auf die Extremismusforscher Uwe Backes und Eckhard Jesse:

„Bereits die bloße Erwähnung löst in vielen Fällen massive Gegenreaktionen aus. Offensichtlich wird mit der These vom Extremismus der Mitte ein neuralgischer Punkt getroffen. Schon der abstrakte Gedanke, daß auch die Mittelschicht in der Bundesrepublik ein antidemokratisches Potential in sich bergen könnte, wird als Zumutung, ja als Provokation empfunden“ (Kraushaar 1994, S. 26).

Backes und Jesse sind Vertreter der klassischen Extremismustheorie, welche sich eng an den Extremismusbegriff des Verfassungsschutzes (vgl. dazu S. 6 dieser Arbeit) anlehnt. In der Extremismustheorie geht man davon aus, dass links und rechts zwei im Grunde auf gleichen Denkstrukturen (Alleinvertretungsanspruch) beruhende Ideologien darstellen (vgl. Backes/Jesse 1993, S. 40). Sie liegen jeweils am Ende einer Achse und

werden aus einer zentralen Position auf dieser Achse betrachtet. Dieser Erklärungsansatz ignoriert jedoch fundamentale Unterschiede zwischen „Links“ und „Rechts“. Während der Sozialismus nach Meinung von Richard Stöss nur dann antidemokratisch ist, wenn er „bürokratisch mißbraucht oder pervertiert wird“ (Stöss 1989, S. 17) ist es der Rechtsextremismus grundsätzlich (vgl. ebd.). Demzufolge ist eine Gleichsetzung beider Ideologien auf ein und derselben Achse zumindest zweifelhaft.

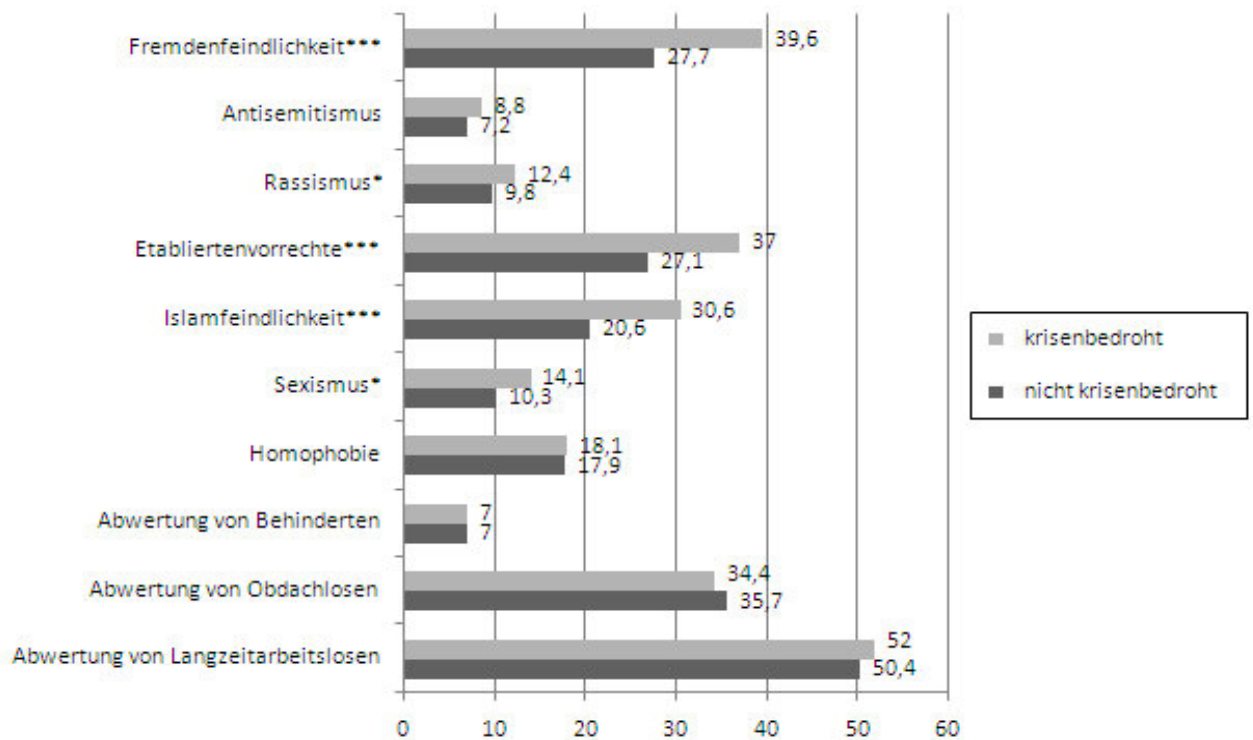
Ebenso läuft man mit der Extremismustheorie als Erklärungsansatz Gefahr Bewegungen abseits der ausgemachten Extreme aus den Augen zu verlieren. Im Abseits befindet sich dabei insbesondere die eigene Position in der Mitte der Gesellschaft.

Die Ergebnisse der eingangs erwähnten Studien von Oliver Decker (Mitte-Studien) und Wilhelm Heitmeyer (Deutsche Zustände) untermauern die Vorbehalte gegenüber der Extremismustheorie.

In diesen Studien konnte nachgewiesen werden, dass rechtsextreme Einstellungen so weit verbreitet sind, dass von einer Randerscheinung nicht mehr die Rede sein kann. So belegen die Studien von Decker und seinen Mitarbeitern, dass etwa zehn Prozent der deutschen Bevölkerung latent antisemitisch sind (vgl. Decker 2012, S. 2). Noch eindeutiger wird es bei der Betrachtung ausländerfeindlicher Tendenzen. In Westdeutschland sind etwa 20 % der Bevölkerung ausländerfeindlich. Im Osten sogar fast 39 % (vgl. ebd.).

Die Studien von Heitmeyer erkannten darüber hinaus einen direkten Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft und Desintegrationserfahrungen sowie –ängsten bei den Menschen.

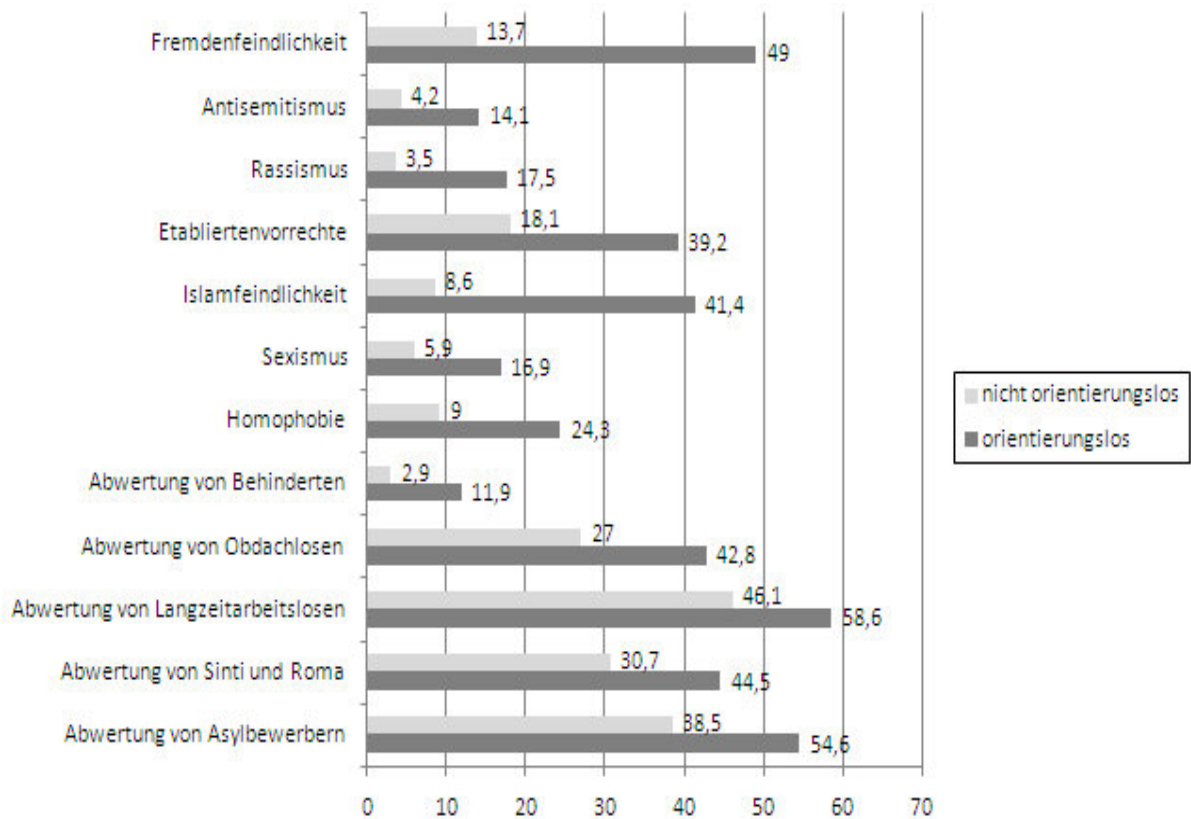
Je höher das Maß an gefühlter, tatsächlicher und befürchteter Desintegration, desto höher ist das Maß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF):



(IKG 2011, S. 4).

Die obenstehende Abbildung (1) aus den Studien Heitmeyers stellt signifikante Unterschiede zwischen dem Ausmaß GMF bei krisenbedrohten (befürchtete Desintegration) und nicht krisenbedrohten Bürgern dar.

In der folgenden Abbildung (2) zeigt sich, dass es auch einen Zusammenhang zwischen Orientierungslosigkeit, einem weiteren Indikator für Desintegration, und dem individuellen Ausmaß an GMF gibt:



(IKG 2011, S. 5).

Es ist zudem unstrittig, dass gerade die Eliten aus Wirtschaft und Politik sowie die in den Medien publizierte (scheinbare) Mehrheitsmeinung für Rechtsextremisten eine Legitimationsgrundlage für ihre Ansichten darstellen können und darüber hinaus ein starkes Empfinden hinsichtlich eines „Wir sind im Recht und kämpfen für die schweigende Masse“ etabliert. Dies zeigte sich schon 1992 anhand der rassistischen Ausschreitungen in Rostock. Im Vorfeld wurde von konservativen Politikern und diversen Medien, in erster Linie der Springer-Presse, eine äußerst polemische und menschenverachtende Asyldebatte geführt.

Während der Ausschreitungen übte sich die Politik im „Nichtstun“ und Relativieren. Einige Medien interpretierten dieses Verhalten in der Nachbetrachtung auf ihre Weise. Die Süddeutsche Zeitung fragte:

„Könnte es sein, daß Kupfer [damaliger Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns; Anm. d. Verf.] nicht aus Unfähigkeit, sondern absichtlich die Gefahr von Ausschreitungen riskiert habe, um damit ein unmissverständliches politisches Signal zu setzen?“ (SZ 1992; zit. n. Schmidt 2002, S. 206).

Die Ausschreitungen von Rostock sollen auch in späteren Kapiteln als exemplarisches Beispiel und als Begründung für die Grundthese dieser Arbeit dienen.

Im politischen Kontext ist die Bezeichnung der „(rechtskonservativen) Mitte“ eine beschönigende und teils irreführende Bezeichnung. Ein Beispiel dafür liefert der an anderer Stelle bereits kurz erwähnte Landtagswahlkampf der CDU in Hessen und Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1999 und 2000. Mit der Forderung „Kinder statt Inder“ begab man sich direkt in rechtsextremes Fahrwasser und folgte der völkisch-nationalen Logik der NPD, wonach Deutschland im Begriff sei auszusterben und Ausländer die hiesige Kultur bedrohen. Ein solches Wahlplakat von der NPD würde wohl nie als „aus der Mitte entsprungen“ verstanden werden.

Die Journalisten Charlotte Wiedemann benennt die Asylpolitik der etablierten Parteien als weiteres Beispiel für die Rechtsoffenheit in der politischen Mitte:

„Die Zahl der Asylsuchenden soll möglichst niedrig sein; um Asylsuchende abzuschrecken, soll ihr Leben in Deutschland möglichst unangenehm gestaltet werden“ (Wiedemann 1996, S. 825).

Es sei außerdem - insbesondere seit der Wiedervereinigung - ein „Verwandtschaftsverhältnis“ zwischen den Einstellungen und Denkmustern „der sogenannten gesellschaftlichen Mitte“ und der extremen Rechten zu erkennen (vgl. ebd.).

Eine weitere Dimension in der „Mitte-Diskussion“ ist die Themensetzung rechtsextremer Akteure. In den Gliederungspunkten 2.2 und 2.3 konnte dargelegt werden, dass es in den letzten Jahren zu einer Verlagerung in der politischen Agenda einschlägiger Parteien kam. Die soziale Frage rückte in den Mittelpunkt und sozialpolitische Themen wie die neuen Arbeitslosengesetze sollen Interesse bei unentschlossenen Wählern wecken.

Nach Bundschuh (2012, S. 29.) kommt insbesondere der Etablierung rechtsextremer Aktivitäten in der Zivilgesellschaft eine besondere Rolle zu. Als Resultat aus „einem systematischen Rückgang ökonomischer Infrastruktur und ziviler Sozialstrukturen“ entstünden Krisensituationen, welche diese Etablierung fördern. Vor allem in strukturschwachen Regionen würde dies zu klammen Kassen führen und die Kommunen in der Folge dazu veranlassen sich aus sozialen Feldern wie der Jugendsozialarbeit zurückzuziehen.

Genau diese Entwicklung ist seit Jahren insbesondere in ländlichen Gebieten der neuen Bundesländer zu beobachten.

Die so entstandenen „Lücken“ würden zwar

„nicht flächendeckend, aber exemplarisch zur Bestätigung der eigenen Leistungsfähigkeit und Demonstration der Verbindung mit der Bevölkerung“ (vgl. ebd.)

von Rechtsextremen besetzt. So gelingt schleichend eine Etablierung und Befürwortung rechten Engagements in Teilen der Zivilgesellschaft.

In der Betrachtung der Dimension „‘Gesellschaftliche Mitte‘ und Rechtsextremismus“ bleibt festzuhalten, dass man die Kapitelüberschrift offenbar umformulieren sollte: Rechtsextreme Einstellungsmuster und Ansichten wandern nicht vom Rand in die Mitte der Gesellschaft, sie sind dort bereits angekommen.

3. Feindbilder der extremen Rechten und ihre Ursprünge

Ob es Mitbürger mit Migrationshintergrund sind, Bürger jüdischen oder islamischen Glaubens, Antifaschisten, Obdachlose oder Homosexuelle – die extreme Rechte kennt viele Feinde. Sie fühlt sich von ihnen umgeben und glaubt sie bekämpfen zu müssen um das Vaterland zu schützen und die deutsche Rasse zu erhalten.

Feindbilder sind demzufolge ein immanenter Bestandteil rechtsextremer Weltanschauung.

Sie liefern eine Legitimationsgrundlage für die eigene menschenverachtende Ideologie und bieten eine Projektionsfläche für Hass und Gewalt.

3.1 Begriffsklärung

Bevor jedoch der Begriff des Feindbildes beleuchtet wird, empfiehlt sich eine kurze Betrachtung des Begriffes Vorurteil. Dieser bildet die Grundlage zur Konstruktion von

Feindbildern und stellt in der Sozialwissenschaft seit langem einen Untersuchungsschwerpunkt dar.

In der Forschung herrscht grundsätzliche Einigkeit darüber, dass Vorurteile bestimmte Funktionen erfüllen.

Zumeist geht es um Abgrenzung, Selbstaufwertung und vermeintlich notwendigen Schutz.

Zick (2011, S. 37 ff.) benennt fünf wesentliche soziale Funktionen:

1. „Wir“-Gefühl

Um Bindungen herzustellen, bedarf es der Abgrenzung zu anderen. Dies schafft soziale Identität und Zusammengehörigkeit innerhalb der Eigengruppe. Werden Minderheiten abgewertet, rückt die Bedeutung der eigenen Gruppe in den Mittelpunkt.

2. Selbstwerterhaltung/Selbstwertsteigerung

„Je stärker die anderen im Vergleich zur eigenen Gruppe abgewertet werden, desto positiver ist jener Selbstwert, der durch die Identifikation mit der Gruppe gewonnen wird.“

3. Kontrolle und Legitimation von Hierarchien

Vorurteile liefern oftmals Rechtfertigungsmuster, die bestehende soziale Ordnungen erklären. Beispielsweise hat eine bestimmte Gruppe mehr Macht, Wohlstand, Privilegien etc. als andere

Auch untergeordnete Gruppen stimmen mitunter Vorurteilen sich selbst gegenüber zu, da diese den eigenen Status erklären und den Zusammenhalt stärken.

4. Wissen und Orientierung

Wo gesellschaftliche Zusammenhänge sehr komplex, und nicht leicht zu verstehen sind, fungieren Vorurteile als Bezugsrahmen, um „die Welt zu verstehen“. Gerade in Krisenzeiten, wenn der Bedarf an Erklärungen besonders hoch ist, werden Vorurteile zur Einordnung der Situation herangezogen.

5. Vertrauen/Misstrauen

„Das Wissen, das Vorurteile transportieren, beinhaltet auch die Information, welche Personen und Gruppen vertrauenswürdig sind oder welchen besser misstraut werden sollte. Das soziale Vorurteil erfüllt somit eine vertrauensfördernde Funktion und lehrt zugleich Misstrauen.“ (Zick 2011, S. 39)

Die vorangegangenen Darstellungen definieren das Vorurteil also als negativ behaftetes soziales Wertungselement, welches dem Eigennutz dient. Eben dieser Ansatz ist auch maßgeblich bei der Betrachtung von Feindbildern der extremen Rechten. Es sei aber auch erwähnt, dass im Vorfeld einer erwarteten Situation immer ein Vorurteil im Sinne einer einfachen Beurteilung gebildet wird und dieser Prozess nahezu automatisch abläuft. Unabhängig von der Art der jeweiligen Situation. Das Urteil ist letztlich abhängig vom Grad der Zugänglichkeit von Information (vgl. Zick 2011, S. 33).

Ein Feindbild baut auf Vorurteilen und Stereotypen auf und ist in seiner Art extrem verfestigt. Es ist befreit von objektiven Gesichtspunkten und hat oft wider besseres Wissen Bestand.

Im Rahmen dieser Arbeit soll bei der Begrifflichkeit von Feindbildern ein Erklärungsansatz zur Anwendung kommen, der sich aus verschiedenen Definitionen zusammensetzt. Zur ersten Orientierung soll die kurze Definition von Günther Wagenlehner dienen:

„Unter Feindbild verstehen wir nicht den Feind oder den Gegner selbst, sondern etwas Drittes, das sich zwischen ihn und uns selbst schiebt, ein Bild, das sich wie alle Bilder aus einer ganzen Anzahl von Komponenten zusammensetzt, die mit dem eigentlichen Objekt oft sehr wenig oder kaum etwas zu tun haben.“ (1989, S. 6)

Als von Vorurteilen gespeistes Einstellungsmuster beschreibt die Studiengesellschaft für Friedensforschung e.V. München (SfFM) in einer Schrift aus dem Jahr 2003 Feindbilder als

„die krasseste Form geschürter Vorurteile als konsistent negative Einstellung gegenüber einzelnen Menschen oder Gruppen von Menschen [dargestellt; Anm. d. V.]. Feindbilder sind stereotyper und negativer als Vorurteile und deshalb auch nur schwer zu korrigieren“ (SfFM 2003 S. 4).

Und es wird richtigerweise festgestellt:

„Wer zum Feind deklariert wird, kann darauf kaum Einfluss nehmen“ (ebd.).

Daraus ergibt sich eine klare Rollenverteilung. Aktiv kann in der Herabwürdigung anderer nur der Täter sein, nie das Opfer obgleich gerade die Ursache-Wirkungs-Umkehr in solchen Bezügen gern bemüht wird.

Schließlich kommt Pörksen (2000, S. 39) zu dem Schluss, dass Feindbilder „Orientierungsdiktate“ darstellen, die auch gegen Widerstände beibehalten werden.

„Sie werden mit dem Gestus absoluter Gültigkeit präsentiert, sind häufig mit Bedrohungsszenarien verbunden und legen im Extremfall die Vernichtung des Feindes als Notwendigkeit nahe. [...] Sie verringern Komplexität und schränken dadurch die unendliche Vielfalt von Möglichkeiten auf eine überschaubare und entscheidbare Optionsmenge ein.“ Feindbilder schweißen eine Gruppe zusammen, sie stärken ihre Kohäsion, stabilisieren und einigen sie gegenüber dem bedrohlichen Bösen in der gruppenexternen Außenwelt.“

Demnach erfüllen Feindbilder ähnliche Funktionen wie Vorurteile, stellen aber einen stärkeren Anspruch auf Gültigkeit. Bernhard Pörksen (2000, ebd.) schreibt weiter:

„Feindbilder kanalisieren Aggressionen und [...] entlasten von Selbstvorwürfen. Sie dienen dazu, das eigene Selbstwertgefühl zu steigern, die Eigengruppe im Vergleich mit der Gruppe der Feinde aufzuwerten und sie im Kontrast als um so strahlender erscheinen zu lassen.“

Anhand dieser drei Deutungsmuster kann man eine kurze zusammenfassende Aufstellung der wichtigsten Merkmale liefern.

Im Rahmen dieser Arbeit werden Feindbilder als von Vorurteilen gespeiste, einen Anspruch auf Wahrheit stellende, übersteigerte, Komplexität mindernde, abgrenzende, aggressive und von Eigennutz geprägte gruppenspezifische Projektionen betrachtet.

3.2 Die Konstruktion von Feindbildern

Wie kommt es nun zur Entstehung von Feindbildern? Es wurde bereits kurz erläutert, dass vor allem Krisensituationen und Desintegrationsängste gesellschaftliche Zustände fördern, die Vorurteile und Feindbilder hervorrufen. Doch diese sind nur ein Teil verschiedener Erklärungssphären.

Einen Ansatz bietet die psychologische Betrachtungsweise. Aus dieser Sicht sind vor allem frühkindliche Erfahrungen stark für Emotionen und Bilder verantwortlich. Diese Erfahrungen prägen ein ganzes Leben und bedingen somit potentielle Feindbilder im Erwachsenenalter (vgl. SfFM 2003, S. 6).

Persönliche, ungelöste Konflikte können auch ein Hintergrund von Vorurteilen oder Feindbildern sein. So können etwa unterschwellige Aggressionen auf Ersatzobjekte verschoben werden (vgl. ebd.).

Eine weitere Ebene ist die sozialpsychologische und soziologische Betrachtungsweise. Eine Vielzahl von Einflüssen bestimmt individuelle Erklärungsmuster – etwa intergenerationeller Erfahrungsaustausch, die eigene Peergroup (Bezugsgruppe ähnlichen Alters), Erfahrungen in Institutionen wie der Schule, die Erziehung im Elternhaus oder aber der Einfluss von anderen Bezugspersonen.

Auch Kommunikationsschwierigkeiten können zur Bildung von Vorurteilen beitragen. „Sender“ und „Empfänger“ können fast nie sicher sein „auf einer Wellenlänge zu liegen“ (vgl. SfFM 2003, S. 8 f.).

Von besonderer Bedeutung im Kontext rechtsextremistisch motivierter Feindbilder ist die ideologische Ebene. In Kapitel Zwei wurden bereits Grundzüge rechtsextremer Ideologie dargelegt, deshalb soll an dieser Stelle nur der Verweis auf eine primäre Begriffskonstruktion dieser Ideologie folgen, dem sog. „Volkstod“. Folgt man dieser Paranoia, sind das deutsche Volk und seine Kultur aufgrund von Überfremdung sowie kultureller Verwässerung von der Ausrottung bedroht. Die Verhinderung dessen ist eines der obersten Prinzipien rechtsextremistischen Handelns.

Solchen Denkmustern liegt eine Sehnsucht nach „einer völkisch verstandenen Reinheit und Einheit“ (Pörksen 2000, S. 203) zugrunde. Ausgangspunkt für solche Ideologien

bilden häufig nicht bewältigte persönliche Konflikte, Ängste und Minderwertigkeitskomplexe.

„Es sind Souveränitätsverluste, die man [die extreme Rechte; Anm. d. Verf.] beklagt, und Unterdrückungssituationen, denen man sich ausgesetzt sieht, Vermischungsphobien und Krisen- und Verfallsdiagnosen, die man artikuliert“
(Pörksen 2000, ebd.).

Diese Mischung aus individuellen Einflussfaktoren und dem kollektiv (innerhalb der Bezugsgruppe) empfundenen, nahenden Ende der eigenen Herkunftsgesellschaft führt zu massiven Abwertungen all jener, die als Ursachen dieser Zustände ausgemacht werden.

Der eigene Standpunkt ist dabei der des Opfers. Gewaltsame Ausbrüche dienen aus dieser Perspektive einzig dem Zweck der Selbsterhaltung und der Notwehr (vgl. Pörksen 2000, S. 203 f.).

In diesem „Kampf“ ist für die extreme Rechte ein weiterer Faktor von besonderer Relevanz – die Sprache. Auch sie kann als primäres gesellschaftliches Kommunikationsmittel zur Feindbildkonstruktion maßgeblich beitragen. Durch sie versuchen Rechtsextremisten gezielt eine Deutungshoheit zu gewinnen, Themen zu diktieren und den Verlauf möglicher Diskussionen zu bestimmen.

Pörksen beschreibt die Rolle sprachlicher Bilder und macht drei primäre linguistische Mittel der Feindbildkonstruktion aus:

- Schlagwörter

Diese dienen in erster Linie der „Feindmarkierung“. Des Weiteren reduzieren sie komplexe Sachverhalte und sollen Täter-Opfer-Verhältnisse umkehren (vgl. Pörksen 2000, S.144 f.).

Beispiele für Schlagwörter der extremen Rechten sind „Überfremdung“, „Volkstod“ oder „Inländerfeindlichkeit“.

- Neologismen

Das sind Sprachneuschöpfungen, die genutzt werden, um feindliche Gruppen zu etikettieren. Missliebige Auffassungen oder Deutungen sollen unter Zuhilfenahme von Neologismen konterkariert werden (vgl. Pörksen 2000, S. 167 f.).

Beispiele für Neologismen der extremen Rechten sind: „Asylantenpartei“ (als Bezeichnung in Einwanderungsfragen liberaler Parteien), „multikriminell“ (als Gegenstück zu multikulturell), „Vergangenheitsvergewaltigung“ (statt Vergangenheitsbewältigung).

- Metaphern

Sie dienen als Werkzeug, um eigene Positionen familiär und volksthemlich erscheinen zu lassen. Durch sie wird versucht, eine Opferrolle einzunehmen und den jeweiligen Gegner zeitgleich als Angreifer erscheinen zu lassen. Sie „binden das Unbekannte an Bekanntes“ und sie haben einen polarisierenden Effekt. (vgl. Pörksen 2000, S. 201 f.).

Beispiele für Metaphern der extremen Rechten sind: „Die Bundesrepublik/Bonn/die Regierung hat uns [den Rechten; Anm. d. Verf.] den Krieg erklärt“, „Die Politiker sind nur Marionetten. Die eigentlichen Drahtzieher sind...“

Um Einfluss zu gewinnen, versuchen Rechtsextreme über diese sprachlichen Mittel (v.a. Schlagwörter) den Einzug in den öffentlichen Diskurs zu schaffen. Man folgt der Denkweise „haben sich bestimmte Begriffe erst etabliert, etablieren sich auch die entsprechenden Positionen“.

Damit wurden die Haupteinflussfaktoren für die Konstruktion von Vorurteilen und Feindbildern benannt.

Maßgeblich sind hierbei neben individuellen Voraussetzungen bestimmte gesellschaftliche Zustände in Verbindung mit Erklärungsdefiziten. Genau dann dienen politische und/oder soziale Vorurteile als Legitimationsbasis abwertender Einstellungsmuster. Das Gewicht gesellschaftlicher, politischer oder medialer Einflussfaktoren auf die Feindbildkonstruktion wird in Kapitel 4 dieser Arbeit behandelt.

3.3 Von Juden, Ausländern und Zecken – aktuelle Feindbilder der extremen Rechten

Im Folgenden geht es um die spezifische Entstehung, die Muster und die Ursprünge aktueller Feindbilder in rechtsextremen Kreisen.

Einleitend ist festzustellen, dass einerseits die Auswahl der „Feinde“ größtenteils historisch bedingt ist, andererseits aber auch eine Anpassung an das tagesaktuelle Geschehen zu beobachten ist.

Wilhelm Heitmeyer ist der Ansicht:

„Rechtsextremistische Orientierungen sind charakterisiert durch die Verbindung von Ideologien der Ungleichwertigkeit der Menschen mit zumindest der Akzeptanz von Gewalt als Handlungsform. Die Abwertung gesellschaftlicher Minderheiten kann als Vorstufe für rechtsextremistische Orientierungen interpretiert werden, insbesondere wenn feindselige Einstellungen sich mit Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft *mischen*“ (2007, S. 8).

Auch hier können wieder die Ausschreitungen in Rostock von 1992 als Beispiel dienen. Damals war die allgemeine Stimmung in der Stadt aber auch in weiteren Teilen des Bundesgebietes wie von Heitmeyer beschrieben: Feindselige Einstellungen und die Abwertung gesellschaftlicher Minderheiten mischten sich mit Gewaltbilligung (durch die Zivilbevölkerung) und Gewaltbereitschaft (einiger hundert Rechtsextremer). Es kam zur tagelangen gewaltsamen Belagerung des Asylbewerberheims im Stadtteil Lichtenhagen. Die Ordnungskräfte waren überfordert und die Politik schien desinteressiert.

Anfang der 90er Jahre waren vor allem Asylbewerber die Adressaten der Gewalt. Häufig sind sie es noch heute. Doch auch andere Gruppen können zu Opfern werden.

Nach dem Modell der GMF kann sich die Abwertung gesellschaftlicher Minderheiten auf

- Fremdenfeindlichkeit
- Rassismus
- Antisemitismus
- Homophobie
- Sexismus
- Islamophobie
- Etabliertenvorrechte
- Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Obdachlosen und Behinderten

beziehen (vgl. Hafeneger 2011, S.1211).

Alle diese Erscheinungsformen sind bei Rechtsextremen zu finden. Sie liefern in dieser Hinsicht ein schauerliches Beispiel für die Konstruktion von Feindbildern und die möglichen Folgen von GMF.

Häufig sind rechtsextreme Feindbilder in einen historischen Kontext eingebettet. Im Nationalsozialismus lassen sich fast alle der heutigen Feindbilder wiederfinden.

Die völkische Ideologie und der Rassebegriff des NS gaben einen gesellschaftlichen Rahmen für Normalität vor. Alles, was außerhalb dieses Rahmens lag, wurde als minderwertig abgelehnt und verfolgt.

Bernhard Pörksen (2000, S. 203) ist der Ansicht, dass es eine direkte Verbindung zwischen öffentlich behandelten Themen und Feindbildern rechtsextremer Gruppen gibt.

„Ihre Wirklichkeitskonstruktion wird offensichtlich von einem Set von Überzeugungen gesteuert, die jeweils in einer unauflöslichen Weise mit aktuellen und gesamtgesellschaftlich diskutierten Themen, spezifischen Fragen und Problemen und dem besonderen Sprachgebrauch verquickt sind“.

Darin ist eine weitere Erklärungsebene rechtsextremer Feindbildkonstruktionen zu sehen. Der öffentliche Diskurs und gesellschaftliche Problemstellungen liefern Themenfelder, die auch von der extremen Rechten bearbeitet werden.

Im nun Folgenden sollen drei Hauptfeindbilder der extremen Rechten dargestellt werden: Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und der Kampf gegen antifaschistisch engagierte Bürgerinnen und Bürger.

3.3.1 Fremdenfeindlichkeit

Als maßgeblichstes Betätigungsfeld rechtsextremer Propaganda dient heutzutage die Auseinandersetzung mit Zuwanderung bzw. Migranten und Bundesbürgern mit Migrationshintergrund. Diese gelten als minderwertig, werden als Bedrohung wahrgenommen und als nicht zugehörig abgelehnt. Grundlage dieser Denkweise sind die Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen, die Rassentheorie sowie das Anwenden von Etabliertenvorrechten und ein scharfer Nationalismus.

An der Ausländerfeindlichkeit lassen sich aber auch deutlich rechtsextreme Einstellungsmuster in der gesellschaftlichen Mitte ablesen. So ist die Ausländerfeindlichkeit mit 25,1 Prozent gesamtdeutschem Anteil die am weitesten verbreitete rechtsextreme Einstellungsdimension (Decker 2012, S.39).

Jeder vierte Deutsche hat also ausländerfeindliche Tendenzen in seiner Weltanschauung. Eine eingehende Definition ist aufgrund der Eindeutigkeit des Begriffs nicht notwendig. An dieser Stelle sei aber trotzdem auf die Auffassung von Zick (2012) verwiesen:

„Die Fremdenfeindlichkeit richtet sich gegen Personen aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen kulturellen Gruppenzugehörigkeit. Fremd müssen die Adressat/innen der Vorurteile dabei gar nicht sein, sie werden nur als solche wahrgenommen; der Begriff ist daher problematisch, wenn man damit die Fremdheit bestimmter Gruppen objektiv festlegen möchte (Zick 1997). Meist werden Einwanderer/innen aus anderen Ländern als Fremde definiert“ (Zick 2012, S. 45).

Es ist jedoch so, dass nicht alle Herkunftsländer gleichermaßen zu negativen Vorurteilen einzuladen scheinen. In Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern sind derzeit vor allem Vorurteile gegenüber Menschen aus anderen Kulturkreisen verbreitet.

Im Besonderen sind davon dunkelhaarige Menschen aus muslimischen Ländern betroffen.

Demgegenüber stehen eher positive Vorurteile bezüglich Skandinaviern, etwa Schweden (vgl. Zick 2012, ebd.). Auch andere Angehöriger westlicher Industrienationen, wie etwa US-Bürger, Kanadier oder Australier scheinen nicht so stark von Fremdenfeindlichkeit betroffen.

Zick formuliert anhand des Beispiels „Fremdenfeindlichkeit“ bereits drei Merkmale des Vorurteils:

„Erstens ist die Kategorisierung von Personen als Fremde flexibel und kann unter Umständen auch Menschen aus dem Nachbardorf treffen. Zweitens sind Vorurteile kontextabhängig. Das heißt, es hängt unter anderem vom jeweiligen Ort und der historischen Zeit ab, gegen welche Fremde sich die Fremdenfeindlichkeit richtet. Und drittens zeigt sich hier, dass Fremdenfeindlichkeit eng mit den Elementen Rassismus und Islamfeindlichkeit *verknüpft ist*“ (2012, S. 45).

Die enge Verbindung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus soll im Folgenden kurz skizziert werden.

Fremdenfeindlichkeit manifestiert sich in latentem oder offenem Rassismus. Dieser beschreibt die menschenfeindliche Abwertung von Gruppen und Personen, die nach biologischen oder quasi-natürlichen Merkmalen als minderwertig definiert sind. Menschen werden aufgrund ihrer äußerlichen ethnischen Merkmale als Schwarze, Weiße, Latinos oder Asiat/innen definiert und aufgrund dieser Merkmale werden ihnen bestimmte Charaktereigenschaften und Fähigkeiten zugewiesen (vgl. Zick 2012, S. 45). In der westlichen Welt, wo ‚Weiße‘ in der Mehrheit sind, werden Menschen dieser Hautfarbe in der Regel aufgewertet und Menschen mit anderen ethnisch-physischen Merkmalen abgewertet. Aber auch in Regionen mit nicht-weißer Mehrheit werden Menschen nach ethnischen Markern, häufig nach der Dunkelheit ihrer Hautfarbe, kategorisiert und qualifiziert.

Der Verweis auf natürliche, biologische und genetische Unterschiede findet sich aber nicht nur im Rassismus. Auch der Sexismus, Antisemitismus und die „Biologisierung“ von Kultur sind rassistisch geprägt.

In Europa scheint die kulturell-religiös begründete Feindlichkeit gegen Muslim/innen in jüngster Zeit ebenfalls biologistisch-rassistische Züge anzunehmen (vgl. Zick 2012, ebd.).

3.3.2 Antisemitismus

In ihrer Studie zur GMF in Europa haben sich Zick (2012, S. 46) und seine Kollegen ebenfalls mit dem Antisemitismus beschäftigt:

„In ihm vereinen sich religiöse, vermeintlich biologische und kulturelle Merkmale, aufgrund derer Menschen als Juden/Jüdinnen kategorisiert und abgewertet werden. Wir definieren Antisemitismus im Folgenden als soziales Vorurteil gegenüber Juden/Jüdinnen, weil sie Juden/Jüdinnen sind. Seine besondere Kraft scheint unter anderem darin zu bestehen, dass er sich auf vielfältige Weise rechtfertigen und zur Diskriminierung heranziehen lässt“ (Zick 2012, S. 46).

Ihm kommt als Grundlage und Bindeglied des Rechtsextremismus (Wetzel 1996, S. 692) eine besondere Bedeutung zu. Zum selben Schluss gelangen auch der Verfassungsschutz und das Bundesministerium des Innern:

„Der Antisemitismus bleibt für die überwiegende Mehrheit der deutschen Rechtsextremisten ein nahezu unverzichtbares Ideologeelement“ (BMI 2013, S. 120).

Jedoch hat Decker in seinen Studien dargelegt, dass antisemitische Tendenzen in breiten Bevölkerungsteilen zu finden und nicht auf den Rechtsextremismus beschränkt sind (siehe Einleitung).

Auch wenn das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) unter Vorsitz von Wilhelm Heitmeyer eine abnehmende Tendenz antisemitischer Einstellungen feststellt, beziffert sich die Zustimmung zur Aussage „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ im Jahr 2011 dennoch auf 13 Prozent (vgl. IKG 2011, S. 7).

Juliane Weitzel (1996, S. 693) bestätigt die Verankerung antisemitischer Einstellungsmuster und beschreibt eine nicht messbare Beobachtung. Ihr zufolge haben Witze über Juden „wieder Konjunktur“. Diese Aufhebung eines Tabus stellt einen Beleg dafür dar, dass antisemitische Vorurteile nicht mehr „nur im privaten kleinen Rahmen oder hinter vorgehaltener Hand verborgen“ geäußert werden.

In der aktuellsten Mitte-Studie stellt man fest:

„Antisemitische Einstellungsfragmente finden sich [...] bei vielen Personen, die nicht als manifeste Antisemit/innen klassifiziert werden können“ (Decker 2012, S. 79).

Es ist folglich wichtig zu beachten, dass der Antisemitismus zwar eine maßgebliche Grundlage rechtsextremer Ideologie ist, er aber weit über diese Grenzen hinaus zu beobachten ist. Der christliche Rahmen von Judenfeindlichkeit und -feindschaft (Anti-Judaismus) besteht beispielsweise seit etwa 2000 Jahren (Decker 2012, S. 71). Die Vermutung liegt nahe, dass diese lange Zeitspanne zu einer tiefen Verankerung im Bewusstsein vieler Menschen geführt hat, und damit einen Grund für die weite Verbreitung des Antisemitismus liefert.

Wetzel (1996) gibt jedoch zu bedenken, dass „die Dynamik des traditionellen Antijudaismus [...] nach 1945, im Wesentlichen gebrochen ist.“ (S. 694).

Decker zufolge sind Gewalttaten öffentliche sicht- und wahrnehmbare Erscheinungsformen von Antisemitismus (2012, S. 70).

Zu den Gewalttaten zählen Schändungen jüdischer Friedhöfe, Brandanschläge auf Einrichtungen wie Synagogen, Schmierereien, Beleidigungen und körperliche Angriffe, hasserfüllte Sprechchöre von Fußballfans, die der gegnerischen Mannschaft eine U-Bahn nach Auschwitz bauen wollen, oder die explizite Leugnung des Holocaust (ebd.).

Der Autor stellt weiterhin fest:

„Die Erscheinungsformen des Antisemitismus sind äußerst vielfältig. Er umfasst einerseits stereotype Meinungen und abwertende Vorurteile von einzelnen Menschen und andererseits kollektive Organisationsformen

(Bewegungen, Parteien), die sich seine Propagierung auf die Fahnen geschrieben haben und Manifestationen ihrer Anschauungen produzieren (Bilder, Symbole, Texte)“ (Decker 2012, S. 69).

In diesem Einstellungsfragment rechtsextremer Ideologie verbinden sich alte und aktuelle Vorurteile.

Wie schon im Vorfeld der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 werden Juden auch heute als Auslöser globaler Krisensituationen dargestellt (vgl. „Sozialer/Wirtschaftlicher Antisemitismus“ auf dieser Seite).

Im Verfassungsschutzbericht des Jahres 2012 wird der Antisemitismus definiert (vgl. BMI 2013, S. 115) und seine Bedeutung im Rechtsextremismus dargestellt:

„Da judenfeindliche Agitation in Deutschland auf Ablehnung stößt, steht sie nicht im Mittelpunkt rechtsextremistischer Argumentation, sondern fließt vielmehr – wie selbstverständlich – in Nebensätze und Randbemerkungen ein.“
(BMI 2013, ebd.)

Das Bundesministerium des Innern unterscheidet in seinem Bericht (2013, S. 115 ff.) u.a. zwischen:

- politischem Antisemitismus: Juden wird unterstellt die Weltherrschaft anzustreben und „hinter den Kulissen die Strippen“ zu ziehen.
- antizionistischer Antisemitismus: Das Existenzrecht Israels wird in Frage gestellt. Dies geschieht hinter vermeintlicher Kritik an israelischer Politik. Der Konflikt mit Palästina dient dazu, die Gräueltaten aus der NS-Zeit zu relativieren.
- Sekundärer Antisemitismus: Grundlage davon ist die Behauptung, die Juden würden den Holocaust instrumentalisieren, um Deutschland finanziell und politisch zu erpressen.
- Sozialer/Wirtschaftlicher Antisemitismus: In dieser Form steckt die Behauptung, Juden wären in besonderer Weise wirtschaftlich und sozial privilegiert. Häufig wird auf eine angebliche jüdische Kontrolle des weltweiten Finanzsektors hin-

gewiesen (damit wird indirekt die Schuldfrage in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise beantwortet).

- Rassistischer Antisemitismus: aufbauend auf der Rassentheorie des 19. Jahrhunderts und der NS-Zeit gelten Juden hiernach als „minderwertig“. Sie wären der „arischen Rasse“ unterlegen. Ihnen werden durchweg negative Eigenschaften zugeordnet, die mit ihrer vermeintlichen „Rasse“ und ihrem „Wesen“ zusammenhängen.
- Offener Antisemitismus: aufgrund der strafrechtlichen Relevanz findet dieser selten öffentlich statt. In erster Linie ist er in den Texten rechtsextremer Musikgruppen zu finden.

Einige dieser am weitesten verbreiteten Vorurteile, die antisemitischen Denkmustern und rechtsextremer Ideologie zu Grunde liegen, wurden damit benannt und die Denkstruktur dahinter offengelegt.

Die schon angesprochenen entsprechenden Einstellungen der gesellschaftlichen Mitte manifestieren sich v.a. im sekundären AS und im antizionistischen Spektrum.

Der sekundäre AS trägt seine Ursache und Dynamik laut Wetzel in dem „Problem von Schuld und Verantwortung“ (vgl. Wetzel 1996, S. 694 f.). Es geht also um die eigene Vergangenheit bzw. die der Familie und deren Bezug zum Nationalsozialismus

Ebenso wie bei der Fremdenfeindlichkeit wird auch anhand des Antisemitismus deutlich, dass rechtsextreme Einstellungsmuster innerhalb der Szene und latente rechtsextreme Geisteshaltungen in der gesellschaftlichen Mitte nahe beieinander liegen. Das Sinken der Hemmschwelle, latenten Antisemitismus zu verbergen, spielt Rechtsextremisten in die Hände. Werden nicht nur im privaten Rahmen, sondern auch auf Volksfesten, beim Sport oder im Arbeitsleben antisemitische Äußerungen gemacht, erscheint diese Einstellung legitim. Rechtsextreme fühlen sich in ihrer Weltanschauung bestätigt und erlangen Sicherheit in ihrem Auftreten.

Bemerkenswert ist die Verbreitung antisemitischer Denkmuster in Form des Antizionismus in der politischen Linken (vgl. Wetzel 1996, S. 694). Der von Rechtsextremen ausgemachte politische Gegner bedient dabei ähnliche Vorurteile und Stereotypen. Dies könnte eine Art „ultimative Legitimation“ antisemitischen Denkens für die extreme Rechte darstellen:

„Wenn schon der politische Feind in dieser Sache auf unserer Seite ist, müssen wir im Recht sein“.

3.3.3 Anti-Antifa

Ein in der Öffentlichkeit selten benanntes Feld rechtsextremer Agitation und Aktion ist die Auseinandersetzung mit antifaschistischen Bürgerinnen und Bürgern. Doch bereits seit den frühen 1990er Jahren richten Rechtsextremisten besonderes Augenmerk auf die sog. Antifa. Diese stellt schon wegen der Herkunft ihres Namens von „Antifaschismus“ einen besonders engagierten politischen Gegner des extrem rechten Spektrums dar. Unter der Bezeichnung Antifaschistische Aktion werden vor allem linke bis linksradikale und autonome Gruppen und Organisationen, die sich in ihrem Verständnis von Antifaschismus das Ziel gesetzt haben, Nationalismus und Rassismus zu bekämpfen, zusammengefasst. Dies geschieht häufig mit besonders betonter Ablehnung von Antisemitismus und völkischer Ideologie. Dabei spielt oft auch der Widerstand gegen Tendenzen, die den Nationalsozialismus relativieren, rechtfertigen oder geschichtsrevisionistische Züge tragen, eine bedeutende Rolle. Kennzeichnend für antifaschistische Organisationen im Spektrum von Linksautonomen ist eine basisdemokratische Grundeinstellung.

Der Antifa werden jedoch nicht immer ausschließlich Aktivisten dieser Gruppe zugeordnet, sondern auch jedwede Journalisten, Unternehmer, Bürger oder Lokalpolitiker, welche eine politische Gegenposition zum Rechtsextremismus beziehen und diese offensiv vertreten. Abzulesen ist dieses Deutungsmuster an einem Beispiel aus dem Jahr 1992. Damals propagierte der Rechtsextremist Christian Worch in einer Publikation in der Szenezeitschrift „Index“ erstmalig das Prinzip der „Anti-Antifa“ als Konzept zur Sammlung von Personendaten von Nazigegnern, Journalisten und Politikern etc. (vgl. bpb 2010). Ein Jahr später kam es in einer anderen rechtsextremen Publikation mit Namen „Der Einblick“ zur Veröffentlichung der Namen von rund 250 (laut Botsch 2012, S. 106 waren es 150) Nazi-Gegnern. Neben den Namen wurden auch Adressen, Telefonnummern und teilweise intime Details über die jeweiligen Lebensumstände publiziert. (vgl. DER SPIEGEL (o.V.) 1993).

Oberstes Ziel der Anti-Antifa ist die Einschüchterung ihrer Gegner. Dabei wird Gewalt zwar nicht immer offen propagiert aber durch die Veröffentlichung der Namenslisten billigend in Kauf genommen.

3.3.4 Weitere Feindbilder (Muslime, Homosexuelle etc.)

Das Spektrum der Feindbilder umfasst natürlich noch viel mehr Personengruppen. Es wäre allerdings nicht zweckdienlich, hier alle aufzuführen, da die Verknüpfung von zivilgesellschaftlichen Strukturen mit der Feindbildkonstruktion auch exemplarisch anhand der vorangegangenen Beispiele möglich ist. Trotzdem sollen an dieser Stelle weitere potentielle Opfergruppen benannt und kurz beschrieben werden.

Die Islamfeindlichkeit richtet sich gegen Menschen muslimischen Glaubens oder ganz allgemein gegen den Islam. Dabei geschieht dies unabhängig davon, inwieweit die Betroffenen religiös sind oder welcher spezifischen islamischen Glaubensrichtung sie angehören (vgl. Zick et. al. 2012, S. 46).

Ein treffenderer Begriff wäre demnach „Muslimenfeindlichkeit“, der sich aber bisher noch nicht durchgesetzt hat. Es geht in dieser Ausprägung der GMF nicht um die Ablehnung einer Glaubensrichtung, vielmehr ist die Abwertung von Menschen, die dieser Glaubensrichtung zugeordnet werden vordergründig. Es scheint als bestünde derzeit in vielen europäischen Ländern, insbesondere in jenen mit hohen Zuwanderungsquoten von Menschen aus muslimischen Ländern, die Tendenz, Einwanderer mit Muslimen gleichzusetzen. Gleichzeitig scheinen alle Muslime als Einwanderer wahrgenommen zu werden, ungeachtet ihres Geburtsortes oder ihrer Staatsangehörigkeit (vgl. Zick et. al. 2012, S. 46 f.).

„Ähnlich wie Juden/Jüdinnen werden auch Muslim/innen häufig nicht als integraler Bestandteil der einheimischen Mehrheitsgesellschaft betrachtet, sondern als ‚Fremde‘ “ (Zick et. al. 2012, S. 47).

Abschließend stellt Zick fest, dass sich die Islamfeindlichkeit bedient der Abwertung des Islams bedient, um somit gleichzeitig Muslime abzuwerten, weil sie Muslime sind (vgl. Zick et. al. 2012, ebd.).

Das BMI beschreibt die Feindseligkeit gegenüber Muslimen im rechtsextremen Spektrum als moderne Form der Fremdenfeindlichkeit:

„Das Aktionsfeld der ‚Islamfeindlichkeit‘ als eine moderne Form der Fremdenfeindlichkeit hat im Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Hierbei versuchen Rechtsextremisten, Überfremdungsängste bzw. Vorurteile gegenüber der Religion des Islam bzw. Muslimen zu erzeugen oder Ressentiments zu schüren, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie verbreiten die These einer vermeintlich ‚drohenden Islamisierung Europas‘“ (BMI 2013, S. 120).

Ein weiteres Beispiel für rechtsextreme Ideologie ist die aggressive Ablehnung von homosexuellen Beziehungen.

Homophobie bezeichnet Vorurteile gegen und die Abwertung von Menschen mit gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung. Homophobie äußert sich beispielsweise, wenn homosexuellen Menschen Moral abgesprochen und gleiche Rechte verweigert werden, etwa das Recht zu heiraten, zu erben oder Kinder zu adoptieren. Der Begriff ist jedoch umstritten, weil er eine Phobie postuliert, die nicht die Merkmale einer neurotischen Angst trägt. Vorurteile werden dadurch zur Krankheit reduziert. Die Autoren der Studie „Die Abwertung der Anderen“ sind der Meinung, dass

„die phobische (krankhafte) Angst weder die einzige noch die treibende Kraft des Vorurteils gegen Menschen mit gleichgeschlechtlicher Liebesorientierung ist.“ (Zick 2012, S 48).

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass unter Homophobie häufig nur Vorurteile gegen lesbische und schwule Menschen gefasst werden, nicht aber Vorurteile gegenüber beispielsweise Transgender-Menschen. Diesbezüglich erscheint es angemessener von sexuellem Vorurteil zu sprechen. Wir verwenden diesen Begriff dennoch für die Abwertung von homosexuellen Menschen, um der geleisteten Forschungsarbeit auf diesem Gebiet Rechnung zu tragen.

Da homophobe Äußerungen in beträchtlichen Teilen der Zivilbevölkerung anzutreffen sind (vgl. Zick 2012, S. 74), ist es nicht verwunderlich, dass auch Rechtsextreme be-

sonders aggressiv gegen Schwule und Lesben hetzen. Wenn abfällige Äußerungen über Menschen mit anderer sexueller Orientierung so weit verbreitet sind, z.B. im Umfeld des Volkssports Fußball, scheint es sich um eine Mehrheitsmeinung zu handeln. Wäre dies der Fall, könnte man Rechtsextremisten nicht mehr an den gesellschaftlichen Rand rücken. Ihre Meinung wäre Konsens.

Menschen mit Behinderungen stellen ebenfalls potentielle Feindbilder dar. Dabei folgen Rechtsextreme direkt der Logik des Nationalsozialismus, der zufolge Behinderte im Sinne eines gesunden deutschen Volkes und einer reinen arischen Rasse ausgelöscht werden müssten. Ihnen wurde im Dritten Reich bekanntlich das Existenzrecht abgesprochen und ihr Leben galt als unwert.

Auch Obdachlose können als Feindbilder dienen. Ihre Rolle als „Außenstehende innerhalb der Gesellschaft“ und die damit verbundene Isolation macht es Rechtsextremen leicht Aggressionen und Gewalt auf sie zu lenken.

Ein letztes relevantes Feindbild der extremen Rechten sind der Staat und seine Vertreter. Da die Bundesrepublik nach Meinung dieser Gruppe kein souveräner Staat ist, die Interessen des deutschen Volkes nicht vertritt und keinen legitimen Nachfolger des „Dritten Reichs“ darstellt, muss mit allen Mitteln versucht werden, einen politischen Umsturz herbeizuführen.

3.4 Fazit

Die Feindbilder der rechtsextremen Ideologie sind vielfältig und über den gesellschaftlichen Rand hinaus verbreitet.

Ihnen gemeinsam ist eine antidemokratische und menschenverachtende Haltung. Kampfbegriffe wie „Überfremdung“, „Volkstod“ oder „multikriminell“ sind Ausdrücke dieser Haltung und artikulieren gleichzeitig die Ängste des Rechtsextremismus und dessen Feindbilder.

Daraus folgen Ausländerhass und der Kampf gegen den politischen Gegner als Kernelemente rechtsextremer Überzeugungen.

Schließlich bildet der Antisemitismus immer noch eine bedeutende Grundlage rechter Gesinnung. Er verbindet alte und neue Vorurteile und kann als Brücke rechtsextremer Orientierungen in die Gesamtgesellschaft betrachtet werden.

Erschreckend ist die Zustimmung zu einzelnen rechtsextremen Orientierungen in breiten Teilen der Bevölkerung. Denn gerade diese legitimiert für Rechtsextremisten eine grundsätzliche Komponente ihrer Ideologie: Die Ansicht im Recht zu sein und für das deutsche Volk zu kämpfen.

„Die völkische Begründung einer Diktatur, die Fiktion eines Volkes als Schicksalsgemeinschaft mit einem gemeinsamen Interesse, das von einer Partei verfolgt wird, findet Zustimmung bei jedem sechsten Deutschen“ (Decker 2012, S. 31).

Von einer toleranten Mehrheitsgesellschaft kann also keine Rede sein. Im Gegenteil - von einer solchen sind wir laut Decker (2012, S. 28) noch weit entfernt.

4. Zwischen Ignoranz und Widerstand – staatliche und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

„Manche sagen zwar, du wärest auf dem rechten Auge blind, wobei die, die das behaupten, alle Terroristen sind.“ (Textzeile aus dem Lied „Lieber Staat“ des Musikers Farin Urlaub)

Diese Arbeit versucht zu ergründen, ob es einen Zusammenhang zwischen den Feindbildern der extremen Rechten und Einstellungen innerhalb der Zivilgesellschaft gibt.

Es wurde bereits aufgezeigt, dass entsprechende Einstellungen und Vorurteile in weiten gesellschaftlichen Teilen zu finden sind und die Zustimmung zu rechtsextremen Positionen hoch ist. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Vor allem Krisen sowie soziale Desintegration und Orientierungslosigkeit führen zu verstärkten rechtsextremistischen Meinungsbildern.

Wissenschaft und Medien mahnen an, dass die Demokratie gefährdet sei, wenn sich derartige Meinungen etablieren, und fordern Gegenmaßnahmen. Doch ist es nicht auch möglich, dass Staat und Zivilgesellschaft ein Teil des Problems sind? Dieser Frage soll im folgenden Kapitel nachgegangen werden.

4.1 Begriffsklärung

Zur Klärung der oben stehenden Frage bedarf es einiger Begriffsdefinitionen. Die Rolle des Staates hinsichtlich direkter Einflussnahme ist leicht abgrenzbar. Interessant sind jedoch auch die indirekten Signale, die von ihm und seinen Vertretern ausgehen. Außerdem bedarf es einer Erklärung des Begriffs der Zivilgesellschaft und die Nennung deren relevanter Ebenen in Bezug auf das Thema.

Auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) folgt die Begriffsbildung „Zivilgesellschaft“ den Politologen Klaus Schubert und Martina Klein:

„Zivilgesellschaft ist ein politisch-soziologischer Begriff, der sich sowohl gegen die Tendenz zum bindungslosen Individualismus wendet (wie er den westlichen Gesellschaften unterstellt wird) als auch gegen die umfassende Politisierung aller Lebensbereiche (wie z. B. in den ehemaligen sozialistischen Staaten). Die Idee der Z. setzt sich dagegen für eine Trennung zwischen einem engeren politisch-öffentlichen Sektor und einem weiteren gesellschaftlich-privaten Sektor ein, wobei allerdings der staatsfreie Bereich durch vielfältige Formen der Selbstorganisation und Selbstverwaltung (durch Vereine, Organisationen etc.) gestaltet wird“ (bpb 2013).

Doch dieses Erklärungsmuster stellt nur sehr verkürzt dar, wie viele Deutungen des Begriffs möglich sind. Er bereitet offenbar Probleme. Hintergrund dessen ist die lange Geschichte, die dem Versuch der genauen Bestimmung dieses Ausdrucks vorausgeht. Den ersten Hinweis auf dessen tieferen Sinn stellt das Wort „zivil“ dar. Es leitet sich laut Duden vom lateinischen „civilis“ ab, was so viel wie „das Bürgertum betreffend, bürgerlich“ bedeutet. Bereits Aristoteles beschäftigte sich mit bürgerlichen Gemeinschaften und ihren Wirkungskreisen. Und auch heute findet man vielfältige Möglichkeiten seiner Deutung.

Bundschuh beschreibt zwei Gebrauchsmöglichkeiten des Wortes:

Eine normative: dieser zufolge werden unter dem Begriff nichtstaatliche Aktivitäten zusammengefasst, die auf einem bürgerschaftlichen Engagement gründen, welches sich für Freiheit, Autonomie, Selbstbestimmung, Demokratie und die Einhaltung der Grundrechte einsetzt (vgl. Bundschuh 2012, S. 29).

Und eine deskriptive: diese geht auf Antonio Gramsci zurück. Ihm zufolge gehören zur Zivilgesellschaft alle sozialen Aktivitäten, die nicht über staatliche Institutionen gesteuert werden. Sie ist dabei nicht genuin demokratisch und toleranzfördernd, sondern ein neutrales gesellschaftliches Feld, in dem wie im wirtschaftlichen und staatlichen Bereich, politische Kämpfe um Deutungshoheit und Definitionsmacht geführt werden (vgl. Bundschuh 2012, S. 30).

Bundschuh präferiert den deskriptiven Ansatz und kritisiert die normative Begriffsinterpretation:

„[Sie] läuft Gefahr, das lebensweltliche Feld, in dem der *Rechtsextremismus* [...] wirkt, zu übersehen. Die rechtsextremen nichtstaatlichen und lebensweltorientierten Initiativen und Aktivitäten fallen in der normativen Deutung nicht unter den Begriff der Zivilgesellschaft, eine so verstandene *Zivilgesellschaft ist genuin gegen Rechts gerichtet.*“ (Bundschuh 2012, S. 30)

Der Zusammenhang zwischen Einstellungen der gesellschaftlichen Mitte und rechtsextremen Meinungsbildern lässt sich so nicht mehr darstellen (vgl. Bundschuh 2012, ebd.).

Ich definiere die Zivilgesellschaft in Anlehnung an Bundschuhs Kritik am normativen Deutungsmuster eher deskriptiv, und zwar als: neutralen, öffentlichen Raum zwischen Staat, Wirtschaft und Familie, in dem vielfältige Aktivitäten, Diskurse und Kämpfe stattfinden, die nicht vom Staat initiiert und nicht zwangsläufig von ihm kontrolliert aber durch seine Signale beeinflusst werden.

Eine tiefergehende Definition des Staatsbegriffs braucht in dieser Arbeit nicht zu erfolgen. So gibt es zwar in den Sozial- und Politikwissenschaften diverse

Erklärungsansätze, da diese aber häufig theoretischer Natur sind und im Rahmen dieser Masterthesis konkret die Bundesrepublik Deutschland als Forschungsobjekt fungiert, ist eine nähere Betrachtung nicht sachdienlich.

Der Staatsbegriff wird auf die Bundesrepublik bezogen, und diese wird folglich als föderale Republik betrachtet, die sich verfassungsgemäß an einer freiheitlich demokratischen Grundordnung (siehe Kapitel 2) ausrichtet und dem Sozialstaatsprinzip folgt

Von besonderem Interesse ist jedoch der staatliche Einfluss auf die Zivilgesellschaft, etwa in Form von öffentlichen Äußerungen seiner Vertreter, Gerichtsurteilen oder verfassungsrechtlicher Fragen. Da der Staat das Gewaltmonopol innehat und seine Vertreter als eigene privilegierte Gesellschaftsgruppe betrachtet werden, ist von einer Signalwirkung seiner Aktivitäten für die übrige Bevölkerung auszugehen.

4.2 Die wehrhafte Demokratie

Die Textzeile aus Farin Urlaub's Lied „Lieber Staat“ verdeutlicht in ironischer Weise einen der großen Kritikpunkte an der Bundesrepublik, wenn es um ihre Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus geht. Der Vorwurf lautet, „auf dem rechten Auge blind“ zu sein. Sie kann also entsprechende Umtriebe nicht sehen und keine effektiven Gegenmaßnahmen ergreifen. Dahinter steht aber oft auch der Vorwurf des bewussten Wegsehens. In diesem Zusammenhang wird häufig auch die Frage, wie viel eine Demokratie (an gewissen Einstellungen) aushalten können muss diskutiert. Gerade wenn es sich um Debatten über „Ausländerkriminalität“, „Problembezirke“ etc. handelt, wird diese Phrase von rechtskonservativen, rechtspopulistischen oder gar rechtsextremen Politikern bemüht, um die eigene Meinung zu positionieren. In Zusammenhang mit diesen Diskursen steht der Begriff der wehrhaften oder streitbaren Demokratie. Diese steht für den Versuch des Staates ein Mindestmaß an Liberalität gegenüber radikalen Meinungen zu wahren, aber gleichzeitig über einen genügenden Maßnahmenkatalog zu verfügen, wenn es darum geht, extremistische Auswüchse dieser Meinungen, die die freiheitlich demokratische Grundordnung bedrohen, zu bekämpfen.

Das Bundesverfassungsgericht prägte diesen Ausdruck in seinen Urteilen zu Parteiverboten. Da die Auseinandersetzung des Staates mit dem Rechtsextremismus

einen maßgeblichen Einfluss auf dessen Vertreter und den zivilgesellschaftlichen Umgang mit ihnen hat, bedarf es einer ausführlichen Analyse der relevanten Dimensionen.

Uwe Volkmann befasste sich mit den Möglichkeiten des Staates im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Als aktuellen Ausgangspunkt für diese Diskussion sieht er die öffentliche Debatte um den NSU (vgl. Volkmann 2012, S. 15). Die Frage, ob der Staat alles in seiner Macht Stehende getan habe, um die Verbrechen der Rechtsterroristen zu verhindern, wird seiner Meinung nach nunmehr anders beantwortet als vor dem Bekanntwerden der Zelle (vgl. ebd.).

Der Autor benennt Hindernisse im Kampf gegen den Rechtsextremismus, die dem Staat im Sinne der Liberalität im Wege stehen:

„*Grenzen aus der Freiheit und Offenheit des politischen Prozesses, die Grundrechte, die auch für Rechtsextremisten gelten, Gesichtspunkte der Praktikabilität und Angemessenheit*“ (2012, S. 15).

Trotzdem sieht Volkmann eine reiche Palette an justitiellen Mitteln, die dem Staat zur Verfügung stehen:

- Parteiverbot

Dieses setzt den Nachweis der Verfassungswidrigkeit nach Art. 21 Abs. 2 GG voraus. Bei der NPD ergibt sich in der Hinsicht das Problem des Nachweises (in ihrem Parteiprogramm bekennt sie sich zur FDG). Erfolgversprechend wäre der Nachweis einer Verbindung NPD – Terrorzelle. Hier ergibt sich allerdings ein Problem. Ein Nachweis anhand der Informationen durch V-Leute ist u.U. nicht verfassungskonform (vgl. Volkmann 2012, S. 6. f.)

- Vereinsverbote

Im Bereich von Rechtsextremismus finden sie relativ häufig Anwendung. Die

Zuständigkeit liegt bei den Innenministerien der Länder. Durch Verbote kann man die innere Struktur entsprechender Gruppierungen zerstören und ihre Vermögen beschlagnahmen. Allerdings können sich die Mitglieder schnell wieder in neuen Vereinen zusammenfinden. (vgl. Volkmann 2012, S. 17. f.)

- Beschränkung des Wahlkampfes und der Finanzmittel

Da nach Art. 21 Abs. 2 die staatlichen Kompetenzen in der Bekämpfung von extremistischen Parteien eingeschränkt sind (dies ist Aufgabe des BVerfG), gestaltet sich die Beschränkung des Wahlkampfes schwierig. Hinsichtlich der Beschränkung der Finanzierung gab es u.a. einen Vorstoß der niedersächsischen Landesregierung: „*Parteien, die ‚Bestrebungen‘ gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder den Bestand der Bundesrepublik ‚verfolgen‘*“ (Volkmann 2012, S. 19) sollten demnach von der Parteienfinanzierung ausgeschlossen werden können. (vgl. Volkmann 2012, S. 18. f.)

- Einsatz des Strafrechts

Das Strafrecht ist das am häufigsten angewandte Mittel, insbesondere seitdem der Tatbestand der Volksverhetzung um die Holocaustleugnung und die Verherrlichung, Billigung oder Rechtfertigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erweitert wurde. (vgl. Volkmann 2012, S. 19 f.)

- Beschränkungen der Versammlungsfreiheit

Diese befinden sich in einer Art gesetzlichen „Grauzone“. Die Zuständigkeit der Rechtsprechung liegt wiederum beim BVerfG. Wichtigste Maßgabe ist auch hier der Volksverhetzungsparagraph. Überwiegend werden behördliche Auflagen (z.B. örtliche Umleitungen von Demonstrationsrouten oder zeitliche Vorgaben) als Mittel zur Beschränkung genutzt. (vgl. Volkmann 2012, S. 20 f.)

- Vorsorgender Verfassungsschutz

Diese Maßnahme zeigt sich in erster Linie im Einsatz von V-Leuten und der damit verbundenen Überwachung der Szene (vgl. Volkmann 2012, S. 21).

Wie bereits angesprochen wird jedoch immer häufiger Kritik an der Umsetzung dieser Möglichkeiten laut.

So wird etwa besonders kritisch gesehen, dass der Staat einerseits rechtsextreme Organisationen mitfinanziert (Parteienfinanzierung, Bezahlung von V-Leute) und andererseits Geld zur Bekämpfung jener Organisationen ausgeben muss (vgl. Volkmann 2012, S. 18 f.).

Ferner gefährdet Einsatz von V-Leuten gu.U. den Erfolg eines Verbotsverfahrens gegen die NPD (Volkmann 2012, S. 21).

Rolf Gössner kritisiert vorwiegend die Justiz und die Polizei in ihrem Umgang mit dem Rechtsextremismus. Er schreibt:

„Der Nährboden, auf dem die Saat dieser Gewalt wächst, reicht weit in die Mitte einer nach rechts driftenden Gesellschaft“ (Gössner 1996, S. 837).

Seiner Meinung nach haben die staatlichen Sicherheitsorgane die „rechte Gefahr“ über einen langen Zeitraum verharmlost, relativiert und sich dilettantisch in der Bekämpfung dieser Gefahr gezeigt (vgl. Gössner 1996, S. 837). In Gegenüberstellung der Verfolgung vermeintlich linksextremistischer Auftritte und Straftaten benennt der Autor die rechtsextremistischen Geschehnisse in Hoyerswerda (1991), Quedlinburg (1992) und Rostock (1992) als Beispiele für das Versagen der staatlichen Exekutive (vgl. Gössner 1996, S. 837 und 838 ff.). Die Täter konnten ungehindert agieren und auch das Publikum blieb unbehelligt.

Neben bürokratischen Fallstricken in der damaligen Einsatzplanung sei eine weitere, selten benannte Dimension von Bedeutung gewesen: Institutioneller Rassismus. Gössner zitiert zur Veranschaulichung den Polizeiforscher Otto Diederichs:

„Bei streng hierarchisch strukturierten Organisationen wie der Polizei, die zudem traditionell eher konservativ ausgerichtet ist, setzen sich solche [rechtsextremen; Anm. d. Verf.] Stimmungen schnell durch“ (Gössner 1996, S. 839).

Unter anderen durch einen offenbar vorherrschenden gesellschaftlichen Konsens der Ausländerfeindlichkeit in Rostock verlor sich eine konsequente polizeiliche Verfolgung der Taten in einem institutionellen Rassismus (vgl. Gössner 1996, ebd.).

Diese Beispiele staatlichen Handelns haben eine verhängnisvolle Signalwirkung: Ausländerfeindlichkeit ist legitim, ihr entsprechende Straftaten werden nicht konsequent verfolgt. Diese Interpretation bestätigt auch die UN, die im Jahr 1993, als ausländerfeindliche Ausschreitungen einen Höhepunkt erreichten, der Bundesrepublik eine „Rüge für passive Polizei“ ausstellte (vgl. Gössner 1996, S. 841).

Ebenfalls benennt der Autor direkt von der Polizei ausgeübte Gewalt an Bürgern mit Migrationshintergrund als häufig zu beobachtendes Phänomen (vgl. Gössner 1996, S. 841 ff.).

Diese Kritik verfasste Gössner 1996. Seitdem sind über 15 Jahre vergangen und man könnte meinen, an der Praxis polizeilicher Ermittlungen gegen und an der Rechtsprechung gegen gewalttätige Rechtsextreme habe sich etwas geändert. Doch das Beispiel der Hetzjagd von Mügeln 2007 oder aber die 2011 öffentlich gewordenen Versäumnisse in Bezug auf die (Nicht-)Ermittlungen gegen den NSU im Laufe der Jahre lassen an einer Verbesserung der Situation zweifeln. Es kann sogar die These aufgestellt werden, dass sich in diesem Bereich im Wesentlichen nichts geändert hat.

In Frankfurt am Main lässt sich ein weiteres aktuelles Beispiel für diese Ansicht finden. Der Fall des aus Äthiopien stammenden Frankfurter Bürgers Derege Wevelsiep ging Ende 2012 durch die Presse.

Nachdem seine Verlobte und sein Sohn in der U-Bahn von Fahrkartenkontrolleuren rassistisch beleidigt worden waren („Ihr seid hier nicht in Afrika“), eilte er ihnen zu Hilfe und rief die Polizei. Bei der anschließenden Identitätsfeststellung kam es zur Gewaltanwendung von Seiten der Polizei. Die Beamten schlugen und fesselten ihn. Seine Verlobte fand ihn später bewusstlos in seiner Wohnung. Wevelsiep erstattete Anzeige (vgl. Vensky 2012). Das Verfahren läuft derzeit noch.

Ein letztes Problem in der Dimension polizeilicher Verflechtungen mit rechtsextremen Einstellungen und ihrer Ausprägung in Form von Polizeigewalt stellt der inhärente Gruppendruck und Korpsgeist innerhalb der Polizei dar (vgl. Gössner 1996, S. 843). Dieser erschwert eine lückenlose Aufklärung entsprechender Ereignisse, ja er macht sie sogar nahezu unmöglich (vgl. ai 2010, S. 78 ff.).

Gössner bemängelt auch den Umgang der Justiz mit rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten. Dieser sei häufig geprägt von Leugnung oder Umdeutung des Hintergrundes oder manifestiere sich in einer gewissen Zurückhaltung oder Milde in der Verurteilungspraxis (vgl. Gössner 1996, S. 844 ff.)

Heute können die Mängel in der justitiellen Verfolgung von Straftaten im behandelten Spektrum beispielhaft an der Zahl staatlich anerkannter Todesopfer rechter Gewalt abgelesen werden. Staatliche Behörden geben diese in weit geringerer Zahl an als es Opferschutzverbände tun (vgl. S. 16 dieser Arbeit). Dies weist entweder darauf hin, dass das Begriffsverständnis rechtsextremistischer Gewalttaten differiert oder aber – und dies erscheint angesichts der bisherigen Erkenntnisse wahrscheinlicher – dass die Gerichte in den Prozessen den rechtsextremistischen Hintergrund der Taten übersehen, unterschätzen oder ignorieren.

Im deutschen Asylrecht manifestiert sich die Beteiligung des Staates an der Konstruktion von Feindbildern am deutlichsten. Das bis ins Jahr 1993 schrankenlos gewährte Asylrecht wurde nach heftigen öffentlichen Debatten und den Pogromen der Jahre 1992 und 1993 abgeändert und eingeschränkt – ein fatales Signal an die Täter von Rostock und Hoyerswerda: Ihre Gewalttaten wurden so indirekt legitimiert. Der Staat stimmt mit ihnen überein, Asylbewerber stellen eine Gefahr dar und ihre Zahl muss möglichst klein gehalten werden. Reinhold Sackmann (1996 S. 162 f.) bewertet den deutschen Asylbewerberbegriff als „Zwischenstatus“ und ergänzt seine Bedeutung für rechtsextreme Propaganda:

„Der Zwischenstatus ‚Asylbewerber‘ prädestiniert eine Stigmatisierung, eine Kenntlichmachung der Vorläufigkeit dieses Zustandes, da eine Verwechslung mit dem legitimen Status ausgeschlossen werden soll.“ (Sackmann 1996, S. 162)

Sackmann meint weiterhin, dass durch gesonderte Wohnräume und den Sonderstatus in der Arbeitswelt die „Außerterritorialität“ des „Zustandes Asylbewerber“ nach außen dokumentiert werde. Er zeigt sich aufgrund dessen nicht verwundert, dass gerade Asylbewerber häufig Opfer rechtsextremistischer Gewalt werden (vgl. Sackmann 1996, ebd.).

Es bleibt festzuhalten: Die Anwendung und Umsetzung staatlicher Mittel gegen den Rechtsextremismus haben Signalwirkung. Sind diese passiv, fehlen gänzlich oder werden als wirkungslos wahrgenommen, liefern sie den Anhängern rechtsextremer Ideologie eine weitere Legitimationsmöglichkeit für ihre Feindbilder. Das stärkste Signal senden hierbei Vertreter des Staates, die selbst gewalttätig werden und damit eine Gesinnungsverwandschaft mit Rechtsextremisten offenbaren. Heitmeyer untermauert diese These an einem Beispiel, wenn er schreibt:

„Politische Entscheidungen, die soziale Desintegration für Gruppen in der Gesellschaft erzeugen, verstärken Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung“ (2012, S. 23).

Eine Erklärung für den Umgang mit rechtsextremistischen Taten sieht Heitmeyer in einem „Kontrollparadigma“. Dieses bestimmt die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und führt zur selben Zeit zu einer Vernachlässigung des „Entstehungs- und Radikalisierungsparadigmas“.

Unter dem erstgenannten Begriff versteht Heitmeyer die Verbreitung der Ansicht, dass bei effizienteren Kontrollen dramatische Probleme (z.B. in der Strafverfolgung des NSU) hätten verhindert werden können.

Das Entstehungs- und Radikalisierungsparadigma sucht einen multikausalen Ansatz für die Bildung, Verfestigung und Radikalisierung von Einstellungen nach dem Prinzip der GMF. Heitmeyer schreibt weiter:

*„Das **Kontrollparadigma** [Herv. im Original] schlägt sich ganz praktisch nieder. So fokussieren die verschiedenen Kommissionen des Deutschen Bundestags und des Bundesministeriums des Innern vorwiegend auf Ermittlungsspannen und*

Verfahrensfehler; gesellschaftliche Prozesse werden weitgehend *ausgeblendet*“ (Heitmeyer 2012, S. 26).

Dieser Haltung liegt nach Heitmeyer jedoch ein fataler Denkfehler zugrunde, denn durch die Eindimensionalität seiner Sichtweise werden Zusammenhänge zwischen verschiedensten Interaktionsprozessen nicht beachtet.

Die Annahme, dass eingeleitete Maßnahmen automatisch zu den gewünschten Ergebnissen führen ist falsch (vgl. Heitmeyer 2012, ebd.).

In der Anwendung des Kontrollparadigmas liegt demnach eine weitere Erklärungsebene für die Langlebigkeit und Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmerkmale.

Nach all dieser Kritik am Umgang des Staates mit der Thematik des Rechtsextremismus soll aber abschließend unbedingt erwähnt werden, dass die Praxis der Verharmlosung, Ignoranz und latenten Zustimmung keinesfalls für bei allen seiner Vertreter zu finden ist.

Unzählige Lokal- und Bundespolitiker, Verfassungsschützer, Richter und Polizeibeamte kämpfen tagtäglich gegen den Rechtsextremismus und leisten der Gesellschaft hervorragende Dienste.

Beispielhaft dafür seien einige sehr engagierte Vertreter des LKA Mecklenburg-Vorpommerns erwähnt, die unbezahlten Bildungsurlaub beantragten, um an einer Studienfahrt des Herbert-Wehner-Bildungswerkes nach Krakau und Auschwitz teilzunehmen. Der Verfasser dieser Arbeit war selbst Teilnehmer dieser Reise im Jahr 2012 und konnte sein eigenes Bild von der Polizei in zahlreichen Diskussionen mit den Beamten positiv beeinflussen lassen.

4.3 Die vierte Gewalt – Medialer Einfluss im Diskurs

Die Medien als vierte Gewalt (nach Legislative, Exekutive und Judikative) sind ein maßgeblicher Einflussfaktor im Staat.

Sie sollen informieren und kontrollieren. Überdies sie bilden die öffentliche Meinung ab bzw. legen fest, welche Meinung veröffentlicht wird.

Folgt man Kretschmer und Jäger, stellen Medien die Wirklichkeit nicht einfach nur dar, sondern sie beeinflussen sie auch durch die Art ihrer Berichterstattung. Damit tragen sie zur „Formierung des Bewusstseins“ der Rezipienten bei (vgl. Kretschmer/Jäger 1996, S. 803).

Der Werbespruch „bild dir deine Meinung“ des Boulevardblattes BILD macht die Richtigkeit dieser Annahme deutlich. Vordergründig wird zwar suggeriert, man könne sich durch die Lektüre des Blattes selbst „ein Bild eines bestimmten Sachverhaltes machen“, durch die fehlende Objektivität der Berichterstattung (diese ist im Prinzip nicht möglich) erfolgt aber immer auch eine Beeinflussung des Lesers.

„Im Gesamtdiskurs einer hochindustrialisierten Demokratie wie der Bundesrepublik ist die diskursive Ebene der Medien ein wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Herrschafts- und Machtverhältnisse“ (Kretschmer/Jäger 1996, S. 804).

Die Berichterstattung bestimmt massiv den Alltagsdiskurs. Darin liegt die besondere Macht der Medien.

Dadurch, dass die Medien aber kein „gleichgeschaltetes Sprachrohr“ darstellen, sondern auch versuchen, eigene Positionen zu vertreten geben sie nicht ausschließlich die „erwünschte Meinung“ herrschender Klassen wieder. (vgl. Kretschmer/Jäger 1996, S. 804).

In der Berichterstattung über den Rechtsextremismus herrscht in der deutschen Medienlandschaft ein breiter „anti-rechtsextremistischer“ Konsens. Entsprechende Gewalttaten werden abgelehnt und man bekennt sich zu den demokratischen Grundsätzen der Gesellschaft (vgl. Kretschmer/Jäger 1996, S. 804). Paradox finden die Autoren jedoch die Tatsache, dass sich der institutionelle Rassismus nicht annähernd einer solchen Berichterstattung gegenüberstellt (vgl. Kretschmer/Jäger 1996, S. 804 f.). Sie leiten daraus ab, dass sich die mediale Verurteilung nicht durch anti-rassistische Motive bedingt (vgl. S. 805).

Eine enge Verbindung zwischen Politik und Medien, die sich hierzulande beispielsweise an der Freundschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Friede

Springer (Springer-Verlag) und Liz Mohn (Bertelsmann) ablesen lässt, stellt ein weiteres Problemfeld dar. Die Medien laufen Gefahr, aufgrund des Freundschaftsverhältnisses zum Objekt der Berichterstattung in ihren Veröffentlichungen eindimensional und subjektiv zu werden. Durch die Allianz von Politik und bestimmten Medien können so öffentliche Diskurse von hegemonialen Positionen bestimmt werden (vgl. Kretschmer/Jäger 1996, S. 804). Als Beispiel dafür, dass solche Positionen gefährlich sein können und ihre Verbreitung in den unreflektierten Medien zum Problem werden kann, sei auf Heitmeyers Theorie vom Kontrollparadigma verwiesen.

Folgt man der von Elisabeth Noelle-Neumann in den 1970er Jahren entwickelten Theorie der Schweigespirale, haben Medien einen hohen Stellenwert in der Meinungsbildung. Menschen neigen der Theorie zufolge dazu, ihre Umwelt zu beobachten, um sich mit Mehrheitsmeinungen vertraut zu machen und die eigene Position zu überprüfen. Aus Angst vor gesellschaftlicher Isolation kann es deshalb dazu kommen, dass man sich entgegen der eigenen Meinung jener der (scheinbaren) Mehrheit anschließt. Eine scheinbare Mehrheit ergibt sich dadurch, dass eine Minderheitsmeinung verstärkt geäußert wird und so häufig im öffentlichen/veröffentlichten Diskurs (also in den Medien) auftaucht. Die eigentliche Mehrheitsmeinung tritt in den Hintergrund. Ihre Anhänger wähnen sich in der Minderheit und geben ihre Position auf (vgl. Noelle-Neumann 1989).

Die BILD-Zeitung als eines der bestimmenden Medienerzeugnisse trägt seit Jahrzehnten mit ihren polemisierenden und dramatisierenden Darstellungen zur Bildung von Feindbildern bei.

Thomas Ohlemacher hat die Berichterstattung dieses Boulevardblattes vor und während der rassistischen Ausschreitungen in Rostock 1993 beobachtet und sie in Bezug zu den Stufen der Eskalation gesetzt. So hat die Zeitung im Vorfeld der Ereignisse über Monate stereotype Ausländerbilder bedient oder extreme Bedrohungsszenarien gezeichnet. Als Beispiel sei hier nur die Überschrift eines Artikels „Dieser Russe trinkt Blut“ genannt (vgl. Ohlemacher 1996, S. 144).

Der Autor stellt nach eingehender Analyse der Berichterstattung fest:

„So wird Ausländerfeindlichkeit nicht beseitigt, sondern gezüchtet.“ (Ohlemacher 1996 S. 145).

In ihren damaligen Berichten können unterschwellige ressentiment- und angstverstärkende Botschaften erkannt werden (vgl. Ohlemacher 1996, S. 157).

Ein aktuelles Exempel für die meinungsbeeinflussende und -bildende Macht der Zeitung ist die Debatte um den Missbrauch von Leistungen nach dem ALG II.

Im Jahr 2003 lenkte das Blatt die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Themenfeld „Sozialhilfeempfänger im Ausland“. Hierfür wurde ein in Miami lebender Mann interviewt:

„Bild“ besuchte den Mann und machte ihn als "Florida-Rolf" bundesweit bekannt. Andere Medien sprangen auf. Die Bundesregierung sah Handlungsbedarf und brachte in Rekordzeit eine Gesetzesnovellierung auf den Weg. Zwar leben keine 1000 Sozialhilfeempfänger im Ausland. Doch bis auf wenige Ausnahmen müssen sie nun nach Deutschland zurückkehren“ (Renner 2004).

In der sozialdarwinistischen Dimension des Rechtsextremismus können solche Darstellungen der Legitimation des Feindbildes „Sozialschmarotzer“ (häufig steht dieses in Verbindung mit Rassismus) dienen.

Aus den obigen Gedanken folgt, dass Medien eine extrem wichtige Rolle in der Konstruktion und Verbreitung von Feindbildern spielen. Sie bestimmen durch ihre Veröffentlichungen maßgeblich den gesellschaftlichen Diskurs. Und der Prozess der öffentlichen Meinungsbildung gehört laut Decker et. al. zu den „integralen Bestandteilen einer Demokratie“ (2012, S. 11).

4.4 Zur Rolle des mündigen Staatsbürgers

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird dem zivilgesellschaftlichen im Sinne von bürgerschaftlichem Engagement eine besondere

Bedeutung beigemessen.

Bürgerbündnisse organisieren Informationsveranstaltungen oder Demonstrationen, Vereine leisten (sozialarbeiterische) präventive Arbeit oder bieten Aussteigern aus der Szene Hilfe an.

Außerdem unterstützen zivilgesellschaftliche Akteure durch ihre Erfahrungen die Wissenschaft und können ihr als Experten dienen, da sie in ihrer Arbeit auch immer eine Art der Feldforschung betreiben.

Der Staat würdigt solches Engagement vordergründig durch finanzielle Unterstützung oder auch die öffentlichkeitswirksame Verleihung von Preisen gewürdigt. Damit zivilgesellschaftliches Engagement überhaupt entsteht, bedarf es „mündiger Staatsbürger“.

Das Staatsbürgertum wird hier als Voraussetzung für einen basisdemokratischen und liberalen öffentlichen Diskurs angesehen. „Mündig“ sind Staatsbürger dann, wenn sie sich ihrer Rechte, Privilegien und Pflichten bewusst sind und demzufolge die Demokratie wirklich als Volksherrschaft verstehen. Sie treten für die Demokratie ein und verteidigen sie im jeweiligen verfassungsgemäßen Sinne gegen Feinde. Ihr Weltbild schließlich folgt der humanistischen Tradition.

Dies ist selbstverständlich der Idealtypus des mündigen Staatsbürgers. Nicht immer müssen alle Eigenschaften erfüllt werden, um Engagement zu generieren.

Gefährdet sind zivilgesellschaftliche Organisationen immer dann, wenn sie mit dem Phänomen des Rechtsextremismus allein gelassen werden. Oder ihre Arbeit gegen keine ausreichende Würdigung oder Förderung erfährt bzw. sogar behindert wird.

Als Beispiel für ein solches Vorgehen sei auf die sog. Extremismusklausel verwiesen. (vgl. Mertens 2011)

Auch die Kriminalisierung antifaschistischen bürgerschaftlichen Engagements, etwa bei Gegendemonstrationen zu Naziveranstaltungen, z.B. durch die massenhafte Erhebung von Daten der Teilnehmer (vgl. Biermann 2011), kann Resignation hervorrufen und damit das Ende des Engagements bedeuten.

Als Konsequenz können sich Rechtsextremisten ungestört artikulieren und möglicherweise entstandene Versorgungslücken (z.B. im Bereich der Vereine ländlicher

Regionen) durch eigene Organisationen ausfüllen. So können sie sich als engagierte Bürger innerhalb eines bestimmten Raumes präsentieren.

Decker (vgl. 2012, S. 20 f.) und Heitmeyer haben in ihren Studien auch die Zustimmung zur Demokratie sowie die Politikverdrossenheit beleuchtet. Je geringer die Zustimmung und je größer die Verdrossenheit, desto größer ist auch die Anfälligkeit für Feindbilder nach dem Prinzip der GMF und des Rechtsextremismus (vgl. Decker 2012, S. 57 ff. und Heitmeyer 2012, S. 27).

Laut Heitmeyer werden

„Kernnormen wie Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness in [...] großen Teilen der Bevölkerung als nicht mehr realisierbar angesehen“ (2012, S. 27).

Staatliche Repressionen und das Gefühl des „Verlassenseins“ im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vor Ort sind gefährlich. Sie steigern Politikverdrossenheit und Resignation in der Zivilgesellschaft. Diese Haltungen machen anfällig für rechtsextreme Agitation und Propaganda. Der Staat muss folglich alles in seiner Macht stehende tun, um diese Haltungen einzudämmen. Besonders praktikabel ist die Zusammenarbeit von Staat und einer Zivilgesellschaft die sich aus mündigen Staatsbürgern zusammensetzt. Treten diese geschlossen für eine liberale, multikulturelle und integrative Gesellschaft ein, ist ein erster Schritt in Richtung einer effektiven Bekämpfung des Rechtsextremismus gemacht.

5. Quo vadis, Deutschland? Aktuelle Desintegrationsprozesse und ihre Gefahren

Die abschließende Betrachtung der Ergebnisse dieser Arbeit möchte ich mit der vielgestellten Frage „Wohin führt der Weg?“ einleiten.

Die deutsche Gesellschaft und ihre Einzelpersonen werden durch die Finanz- und Wirtschaftskrise und unter Berücksichtigung der letzten arbeitsmarktpolitischen Reformen mit den stärksten strukturellen Veränderungen seit der Wiedervereinigung konfrontiert.

Es ergibt sich folglich die Frage, wie sich diese Prozesse bereits auswirken bzw. zukünftig auswirken werden.

5.1 Finanz- und Wirtschaftskrise

„Ich bin oben [...] die is‘ unten“
(Rainald Grebe)

Nach Heitmeyer leben wir in einem entsicherten Jahrzehnt (vgl. IKG 2011, S. 2), welches der Gesellschaft viele Fragen aufwirft. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise ist dabei ein einflussreicher potentieller Hintergrund für Desintegrationsängste und kann als Beispiel eines Entsicherungsmoments dienen.

Die wichtigsten Formen von Desintegrationswahrnehmungen manifestieren sich in einer:

- Angst seinen Arbeitsplatz zu verlieren
- negativen Zukunftserwartung
- Wahrnehmung eines geringen eigenen Lebensstandards
- Gefühlslage der zufolge politisch keine Einflussnahme möglich ist
- Gefühlslage, immer schwerer Freunde zu finden

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise befördert besonders die ersten beiden und den vorletzten Punkt.

Ausgelöst durch ein fehlerhaftes Finanzsystem (vgl. Müller 2011) und die damit verbundene Schuldenexplosion sind viele Staaten in eine bedrohliche Schieflage geraten.

Die Bundesrepublik konnte eine solche Situation bisher vermeiden. Geschafft hat sie dies durch eine rigorose Sparpolitik, die sich in erster Linie in stagnierenden Löhnen und der Forcierung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ausdrückt.

Doch diese Politik birgt Gefahren. Sie steigert das Gefühl der Ungleichheit in der Gesellschaft, denn die vielbemühnte Schere zwischen Arm und Reich zwischen oben und unten öffnet sich immer weiter:

„Mit mehr als Dreiviertel bzw. fast Zweidrittel Zustimmung zeigen die Deutschen, dass sie hochgradig von Benachteiligungsgefühlen geprägt sind“ (Decker et. al. 2012, S. 59)

Der Kabarettist und Musiker Rainald Grebe hat diese Debatte in dem Lied „Oben“ verarbeitet. Er selbst ist als erfolgreicher Künstler „oben“ in der Gesellschaft. Seine Haushaltshilfe ist „unten“, und dies „zurecht“ (vgl. Grebe 2010). Damit kritisiert er die sozialdarwinistische Geisteshaltung der Eliten. Hier bietet sich wieder ein Ansatzpunkt zur Verknüpfung mit rechtsextremistisch motivierten Feindbildern. Die Haltung der Eliten ist immer stilprägend. An ihnen orientiert man sich und richtet die eigene Meinung aus. Damit erweitert der Sozialdarwinismus der Oberschicht den Legitimationspool der extremen Rechten.

Von der deutschen Politik müssen noch intensivere und u.U. auch andere Anstrengungen unternommen werden, um den Menschen das Vertrauen, welches ihnen durch die Krisen der letzten Jahre genommen wurde, zurückzugeben, denn Heitmeyers Studien belegen eindeutig, dass zunehmende rechtsextreme Einstellungsmerkmale mit Desintegrationserfahrungen korrelieren (vgl. IKG 2011, S. 4 ff.).

5.2 Hartz-IV

Durch die Umgestaltung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz-Gesetze) kam es in Deutschland zu einer Umdeutung des Begriffs der Arbeitslosigkeit vom gesellschaftlichen Schicksalsschlag hin zum persönlich verschuldeten Daseinszustand (vgl. Boettcher 2011, S. 5 f.).

In Kapitel 4.3 konnte ich darlegen, dass die mediale Darstellung gesellschaftlicher Problembereiche, wie etwa der Arbeitslosigkeit, deren Wahrnehmung mitbestimmt. Das Beispiel der im Ausland lebenden Sozialhilfeempfänger skizziert dies deutlich (vgl. S. 63 f. dieser Arbeit).

Der unbedarften oder bewussten Stigmatisierung von Arbeitsuchenden fehlt in ihrer Polemik und Eindimensionalität das Grundverständnis von der Wichtigkeit der Erwerbsarbeit:

„Die Erwerbsarbeit war und ist eine zentrale Voraussetzung sozialer Anerkennung und damit für Selbstwert, persönliche Identität und gesellschaftliche Teilhabe von allergrößter Bedeutung“ (Kocka 2001, S. 11).

Beziehen von Arbeitslosengeld II und Langzeitarbeitslosen werden darüber hinaus die Ökonomisierung des Sozialen und die aus ihrem unsicheren Status resultierenden Desintegrationsängste zum Verhängnis (vgl. Heitmeyer 2012, S. 25). Sie fühlen sich häufig nicht als Teil der Gesellschaft, sondern als Außenstehende, deren Belange von untergeordneter Relevanz für den Staat und die zivile Sphäre sind. Auch diese Desintegrationserfahrungen können zu gesteigerten rechtsextremen Einstellungen führen und die neueste Mitte-Studie weist nach, dass dies auch passiert (vgl. Decker et. al. 2012, S. 64 f.).

Dort wird erklärt:

„Arbeitslose hatten die höchsten Werte in den Dimensionen ‚Ausländerfeindlichkeit‘, ‚Chauvinismus‘ und ‚Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur‘“ (Decker et. al. 2012, S. 67).

Daraus folgt, dass Arbeitslosigkeit als Daseinszustand, insbesondere wenn sie lange andauert, die Anfälligkeit für rechtsextreme weltanschauliche Einstellungsmerkmale massiv erhöht.

Die Zivilgesellschaft kann solchen Zuständen nicht entgegensteuern, vielmehr steht der Staat in der Pflicht, durch eine kluge Arbeitsmarktpolitik die Arbeitslosigkeit einzudämmen und deren maßgebliche Ursachen zu bekämpfen (etwa schlechte Ausbildung, fehlender Schulabschluss etc.). Damit würde ein großes Rekrutierungsfeld rechter Ideologien eingeschränkt.

6. Zusammenfassung und Handlungsperspektiven

Wie lauten die Antworten auf die eingangs gestellten Fragen?

Warum hält sich der Rechtsextremismus so lange in Deutschland? Er tut es, weil er sich aus der Zeit des Nationalsozialismus in die BRD und die DDR hinüberretten konnte, in den Köpfen der Menschen Bestand und so Einfluss in den Institutionen hatte.

Des Weiteren ist er anpassungsfähig. Er hat sich gerade in den letzten zwanzig Jahren neu ausgerichtet und versucht über gesellschaftliche Brennpunktdiskussionen neue Anhänger zu gewinnen. Parteien dieses Spektrums sind mittlerweile fester Bestandteil der politischen Landschaft und der Versuch, sie zu verbieten, ist mit hohen Risiken verbunden.

Ist es so, dass die Feindbilder der extremen Rechten mit zivilgesellschaftlichen Einflussfaktoren zusammenhängen?

Ja, diese These lässt sich aus den gewonnenen Erkenntnissen stützen.

Als „rechtsextrem“ wahrgenommene Einstellungsmerkmale sind in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet. Und da innerhalb weiter Teile der Zivilgesellschaft Desintegrationsängste, Orientierungslosigkeit und das Gefühl, sozialer Ungerechtigkeit unterworfen zu sein, herrschen, steigert dies das Vorkommen jener Einstellungen enorm.

Es ist zu vermuten, dass sich die abwertenden Geisteshaltungen im Sinne der GMF mit zunehmender Dauer der beschriebenen Zustände immer stärker in den Köpfen der Bürger verankern und eine Resozialisierung der Betroffenen erschweren.

Rechtsextreme ziehen daraus Legitimationsschlüsse für ihre Feindbilder. Sie tun dies auch aufgrund medialer und staatlicher Verfehlungen im Umgang mit gesellschaftlichen Problemsphären.

Doch es besteht nicht nur die Gefahr, dass Rechtsextreme ihre Einstellungen als legitim und mehrheitsfähig betrachten, sondern auch die, dass das Potential rechtsextremisti-

scher Personen in Deutschland langfristig steigt. Dies kann zu einer ernsthaften Gefährdung unserer Demokratie führen!

Um diesen Bedrohungen entgegenzuwirken, bedarf es eines starken Staates, der sich seiner Vergangenheit und der daraus folgenden Verantwortung besinnt und konsequent gegen den Rechtsextremismus vorgeht.

Die zivilgesellschaftlichen Bündnisse gegen den Rechtsextremismus müssen gefördert und ausgebaut werden. Werden sie alleingelassen, können sie verkümmern und es droht die Besetzung ihrer Räume und deren Missbrauch durch rechtsextreme Organisationen. Die Wissenschaft ist im gesellschaftlichen Kontext die forschende Instanz. Sie kann Politik und Zivilgesellschaft mithilfe ihrer Kompetenzen den Weg zu einem besseren Verständnis des Rechtsextremismus weisen.

Schließlich kommt der Sozialen Arbeit als Scharnier zwischen Staat und Gesellschaft eine besondere Bedeutung im Kampf gegen den Rechtsextremismus und die Ideologie der Ungleichwertigkeit zu. Sie muss sich offensiv positionieren, ihre Sonderrolle öffentlich benennen und unter Zuhilfenahme ihrer Expertenrolle den Geldgeber davon überzeugen, noch größere Anstrengungen im besprochenen Themenfeld zu unternehmen.

Literatur und Quellenverzeichnis:

Amnesty International (Hrsg.) (2010): Täter unbekannt – Mangelnde Aufklärung von mutmasslichen Misshandlungen durch die Polizei in Deutschland. URL: <http://www.amnesty-polizei.de/d/wp-content/uploads/Polizeibericht-Deutschland-2010.pdf>

Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 3. Auflage. Propyläen, Bonn 1993

Biermann, Kai (2011): Dresdner Polizei fischte mit Datenschleppnetzen. URL: <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2011-06/polizei-dresden-vorratsdaten> (Online-Abfrage: 27. Juni 2012)

Boettcher, Daniel (2011): Wiedereingliederungsmaßnahmen der Arbeitslosenhilfe im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland seit 2003. Bachelorarbeit, HS Mittweida – University of applied Sciences, Roßwein 2011.

Borstel, Dierk; Luzar, Claudia (2009): Rechtsextremistische Strukturen in Dortmund – Erscheinungsbild und Relevanz. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Bielefeld 2009.

Botsch, Gideon (2012): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik von 1949 bis heute. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2012.

Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) (2009): „Autonome Nationalisten“ – rechtsextremistische Militanz. bfv-themenreihe, Köln 2009.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2013): Vorabfassung – Verfassungsschutzbericht 2012. Berlin 2013. URL: <http://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2012-vorabfassung.pdf> (Online-Abfrage: 27. Juni 2013)

Bundesverfassungsgericht (1952): Urteil zum Verbot der SRP. URL: <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv002001.html> (Online-Abfrage: 27. Juni 2013)

Bundeszentrale für Politische Bildung (2010): Anti-Antifa-Aktivitäten. URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41938/glossar?p=3> (Online-Abfrage: 27. Juni 2013)

Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Zivilgesellschaft. URL:
<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18506/zivilgesellschaft> (Online-Abfrage
am 27. Juni 2013)

Bundschuh, Stephan (2012): Die braune Seite der Zivilgesellschaft. in: APuZ Aus Politik und
Zeitgeschichte 62. Jahrgang 18-19 2012 – Rechtsextremismus – Beilage zur Wochenzeitung
„Das Parlament“ 2012. S. 28-33.

Decker, Oliver (Hrsg.) (2012): Die neue FES-„Mitte-Studie“ - Zusammenfassung der
Ergebnisse (Auswahl). URL: [http://www.fes-gegen-
rechtsextremismus.de/pdf_12/ergebnisse_mitte_studie_2012.pdf](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_12/ergebnisse_mitte_studie_2012.pdf) (Online-Abfrage: 27. Juni
2013)

Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (Hrsg.) (2010): Die
Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Friedrich-Ebert-
Stiftung, Berlin 2010.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (Hrsg.) (2012): Die Mitte im Umbruch –
Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung,
Dietz Verlag, Berlin 2012.

DER SPIEGEL (o.V.) (1993): Augen im Hinterkopf . URL:
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13693124.html> (Online-Abfrage: 27. Juni 2013)

Dirks, Christian (2005): Die Verbrechen der anderen: Auschwitz und der Auschwitz-Prozess
der DDR – Das Verfahren gegen den KZ-Arzt Dr. Horst Fischer. Schöningh, Paderborn 2005

Dörner, Klaus (Hrsg.) (2000): Der Nürnberger Ärzteprozeß 1946/47. Wortprotokolle, Anklage-
und Verteidigungsmaterial, Quellen zum Umfeld. Saur, München 2000.

Erkol, Aslan; Winter, Nora (o.J.): 183 Todesopfer rechter Gewalt. URL: [www.opferfonds-
cura.de/zahlen-und-fakten/todesopfer-rechter-gewalt/](http://www.opferfonds-cura.de/zahlen-und-fakten/todesopfer-rechter-gewalt/) (Online-Abfrage: 27. Juni 2013)

Gessenharter, Wolfgang; Fröchling, Helmut (1996): Neue Rechte und Rechtsextremismus in
Deutschland – Zur Diskussion um „rechts“ in der politischen Öffentlichkeit. In: Mecklenburg,
Jens (Hrsg.) : Handbuch Deutscher Rechtsextremismus. Elefanten Press Verlag, Berlin 1996.

Giordano, Ralph (1992): Ich bin angenagelt an dieses Land. Zusammengefasst in:
Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus. Elefanten Press Verlag,
Berlin 1996.

Gössner, Rolf (1996): Zwischen Verharmlosung und Überreaktion – Zum polizeilichen und justitiellen Umgang mit rechter Gewalt und Neonazismus. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.) : Handbuch Deutscher Rechtsextremismus. Elefanten Press Verlag, Berlin 1996.

Grebe, Rainald (2010): Oben. URL: http://lyrics.wikia.com/Rainald_Grebe:Oben (Online-Abfrage: 27. Juni 2013).

Hafeneger, Benno (2011): Rechtsextremismus. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit. 4. Auflage. Reinhardt, München u.a. 2011

Heiland, Hans-Günther; Lüdemann, Christian (Hrsg.) (1996): Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus. Westdeutscher Verlag, Opladen 1996.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2002.

Heitmeyer, Wilhelm; Sitzler, Peter (2007): Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ 37/2007) – Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. URL: <http://www.bpb.de/apuz/30250/rechtsextremistische-gewalt-von-jugendlichen?p=all> (Online-Abfrage: 27. Juni 2013)

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2009): Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund. Bielefeld 2009.

Heitmeyer, Wilhelm (2012): Rechtsextremismus und Selbstentlastung. In: APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte 62. Jahrgang 18-19 2012 – Rechtsextremismus – Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 2012. S. 22-27.

IKG (2012): Deutsche Zustände - Das entsicherte Jahrzehnt- Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Jaschke, Hans-Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Westdeutscher Verlag, Opladen 1994

Kocka, Jürgen Heinz (2001): Thesen zur Geschichte und Zukunft der Erwerbsarbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21/2001 URL <http://www.bpb.de/files/G7VSG2.pdf>

Kornmeier, Martin (2012): Wissenschaftlich schreiben leicht gemacht – für Bachelor, Master und Dissertation. 5. Auflage. Haupt UTB, Bern u.a. 2012.

Kraushaar, Wolfgang (1994): Extremismus der Mitte – Zur Geschichte einer soziologischen und sozialhistorischen Interpretationsfigur. In: Lohmann, Hans-Martin (Hrsg.): Extremismus der Mitte – Vom rechten Verständnis deutscher Nation. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1994.

Kretschmer, Dirk; Jäger Siegfried (1996): Von Irren, Chaoten und Fanatikern – Rechtsextremismus und Rassismus in den Medien. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.) Handbuch Deutscher Rechtsextremismus. Elefanten Press Verlag, Berlin 1996.

Kühnl, Reinhard (1996): Die Entwicklung der extremen Rechten seit 1945; Ursachen – Etappen – Gegenstrategien. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.) Handbuch Deutscher Rechtsextremismus. Elefanten Press Verlag, Berlin 1996.

Leide, Henry (2005): NS-Verbrecher und Staatssicherheit – Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Vandenhoeck und Ruprecht Verlag, Göttingen 2005.

Mecklenburg, Jens (Hrsg.) (1996): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus. Elefanten Press Verlag, Berlin 1996.

Mertens, Anna (2011): Kampf gegen Rechts gerät unter Generalverdacht. URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-04/extremismusklausel/komplettansicht> (Online-Abfrage: 27. Juni 2013).

Müller, Albrecht (2011): Peter Bofinger bringt es auf den Punkt. URL: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=10735> (Online-Abfrage: 27. Juni 2013).

Noelle-Neumann, Elisabeth (1989): Öffentliche Meinung – Die Entdeckung der Schweigespirale. Ullstein, Frankfurt u.a. 1989.

Ohlemacher, Thomas (1996): Medien und Gewalt – BILD in der Zeit ausländerfeindlicher Gewalttaten. In: Heiland, Hans-Günther; Lüdemann, Christian (Hrsg.): Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus. Westdeutscher Verlag, Opladen 1996.

Ohlendorf, Peter (Produzent/Regisseur) (2012): Blut muss fließen – Undercover unter Nazis. (Privatvorführung).

Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg.) (2011): Handbuch Soziale Arbeit. 4. Auflage. Reinhardt, München u.a. 2011.

Pörksen, Bernhard (2000): Die Konstruktion von Feindbildern – Zum Sprachgebrauch von neonazistischen Medien. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2000.

- Renner, Kai-Hinrich (2004): „Florida-Rolf“ und Bohlens Lebensbeichte: zum Agenda-Setting der "Bild" (Vortrag). In: Veranstaltungen der bpb. URL:
http://www.bpb.de/veranstaltungen/VVTUUC,0,0,FloridaRolf_und_Bohlens_Lebensbeichte:_zum_AgendaSetting_der_Bild.html (Online-Abfrage: 27. Juni 2013).
- Sackmann, Reinhold (1996): Nationalstaat und Gewalt – Eine Betrachtung aus makroökonomischer Sicht. In: Heiland, Hans-Günther; Lüdemann, Christian (Hrsg.): Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus. Westdeutscher Verlag, Opladen 1996.
- Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab – Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. 2. Durchgesehene Auflage. Deutsche Verlags Anstalt, München 2010.
- Schmidt, Jochen (2002): Politische Brandstiftung – Warum 1992 das Asylbewerberwohnheim in Flammen aufging. Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2002.
- Staud, Toralf (2006): Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006.
- Stöss, Richard (1989): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik – Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen. Westdeutscher Verlag, Opladen 1989.
- Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2005.
- Studiengesellschaft für Friedensforschung E.V. (Hrsg.) (2003): Denkanstöße zum Thema: Nr. 49 – Vorurteile und Feindbilder. München 2003
- Vensky, Hellmuth (2012): Ihr seid hier nicht in Afrika. URL:
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-11/rassismus-vorwuerfe-polizei-frankfurt/komplettansicht> (Online-Abfrage: 27. Juni 2012).
- Volkman, Uwe (2012): Kampf gegen die Hydra? Der Staat und der Rechtsextremismus. In: APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte 62. Jahrgang 18-19 2012 – Rechtsextremismus – Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 2012. S. 15 -22
- Wagenlehner, Günther (Hrsg.) (1989): Feindbild – Geschichte. Dokumentation. Problematik. Report Verlag, Frankfurt am Main, 1989.
- Wetzel, Juliane (1996): Antisemitismus – Ideologische Grundlage und Bindeglied des Rechtsextremismus. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.) Handbuch Deutscher Rechtsextremismus. Elefanten Press Verlag, Berlin 1996.

Wiedemann, Charlotte (1996): Die Themen der Rechten sind die Themen der Mitte. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus. Elefanten Press Verlag, Berlin 1996.

taz (o.V.) (2013): Keine türkischen Medien beim NSU-Prozess - Harte Kritik an Platzvergabe. URL: <http://www.taz.de/!113528/> (Online-Abfrage: 27. Juni 2013)

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andres (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2011.

Abkürzungsverzeichnis:

Abs. – Absatz

ai – Amnesty International

AN – Autonomer Nationalismus/Autonome Nationalisten

Anm. d. Verf. – Anmerkung durch Verfasser

APO – Außerparlamentarische Opposition

Art. – Artikel

AS – Antisemitismus

BMI – Bundesministerium des Innern

BfV – Bundesamt für Verfassungsschutz

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung

bzgl. – bezüglich

BVerfG – Bundesverfassungsgericht

CDU – Christlich demokratische Union

CSU – Christlich-Soziale Union

DVU – Deutsche Volks Union

et. al. – und andere

FDG – freiheitlich demokratische Grundordnung

GMF – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

HS – Hochschule

IKG – Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

LKA – Landeskriminalamt

NPD – Nationaldemokratische Partei Deutschlands

NS – Nationalsozialismus

NSDAP – Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands

NSU – Nationalsozialistischer Untergrund

o.J. – ohne Jahr

o.V. – ohne Verfasser

REP – Die Republikaner

SfFM – Studiengesellschaft für Friedensforschung e.V. München

SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SRP – Sozialistische Reichspartei Deutschlands

SZ – Süddeutsche Zeitung

taz – Die Tageszeitung

zit. n. – zitiert nach

Abbildungsverzeichnis:

Abb. 1:

IKG (2012): Deutsche Zustände - Das entscherte Jahrzehnt- Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Abb. 2:

IKG (2012): Deutsche Zustände - Das entscherte Jahrzehnt- Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Roßwein, 28.06.2013

Daniel Boettcher